

Der Grundstein.

Offizielles Wochenblatt für die deutschen Maurer und verw. Berufsgenossen.

Obligatorisches Organ für die Mitglieder des Zentral-Verbandes der Maurer Deutschlands

Central-Krankenkasse der Maurer, Gipser (Weißbinder) und Stukkateure Deutschlands „Grundstein zur Einheit“.

Das Blatt erscheint zum Sonnabend jeder Woche.
Abonnementpreis pro Quartal M. 1 (ohne Bestellgeld),
bei Zusendung unter Kreuzband M. 1,40.

Herausgeber: Joh. Statingk, verantwortl. Redakteur: G. Paepfow,
beide in Hamburg.
Redaktion und Expedition: Hamburg 5, Brennerstr. 11, 1. Et.

Bereits-Belegte
für die breitgeschaltete Beitzelle aber
deren Raum 80 A.

Verbandskollegen! Agitiert kräftig für die Stärkung der Organisation. Halte Eueren im Lohnkampf stehenden Kollegen den Rücken frei.

Inhalt: Kontraktbruch und Arbeiterkoalition. — Wie ist der wilde Konkurrenz ausübender Arbeiterschaft zu begegnen? — Maurerbewegung. — Streiks, Ausperrungen, Maßregelungen, Differenzen. Die Münchener Maurerbewegung seit dem Jahre 1879 und ihre in letzter Zeit geführten Kämpfe. Bekämpfung des Verbandsvorstandes. Berichte. — Zentral-Krankenkasse. — Vom Bau: Unfälle, Arbeitererfolg, Subventionen u. — Polizei und Gerichte. — Eingegangene Schriften. — Briefkasten. — Anzeigen.

Kontraktbruch und Arbeiterkoalition.

II.

In der Begründung des Gesetzentwurfs der Regierung vom Jahre 1890 wurde über die Veranlassung zur Einführung der Geldbuße für den Vertragsbruch folgendes gesagt: „Bei den zahlreichen gewerblichen Arbeitseinstellungen, die mit Vertragsbruch verbunden waren, hat sich der erhebliche Mangel gezeigt, daß der Rechtschutz, welchen der Arbeitgeber dem vertragsbrüchigen Arbeiter gegenüber genießt, ungenügend ist.“

Der Entwurf (§ 125 der sogenannten „Arbeiterschutzgesetz-Vorlage“) wollte bestimmt wissen, daß der Unternehmer vom Arbeiter an Stelle einer Entschädigung eine Buße fordern könne, umgekehrt auch der Arbeiter vom Unternehmer.

In Petitionen aus Unternehmerkreisen wurde dagegen geltend gemacht: „Geldbuße genüge nicht; dem Arbeitgeber sei mit dem Anspruch auf Buße nicht geholfen, weil er dieselbe von den meist mittellosen Arbeitern nicht werde betreiben können; auch werde der mittellose Arbeiter, der wisse, daß man ihm nichts nehmen könne, sich durch Androhung der Buße von einem Vertragsbruch nicht abhalten lassen; dem Vertragsbruch, besonders dem Massenvertragsbruch, könne nur durch kriminelle Bestrafung wirksam begegnet werden.“

Die zur Vorberatung des Entwurfs eingesetzte Kommission des Reichstages (die sogenannten „Arbeiterschutz-Kommission“, von welcher schon im ersten Artikel die Rede war) ernannte eine aus den Freiherrn v. Stumm (Reichspartei), Dr. Möller (nationalliberal), Dr. Hartmann (konservativ), Letocha (Zentrum) und Dr. Guffelrich (freisinnig) bestehende Subkommission mit der Aufgabe, neue Kontraktbruchstrafbestimmungen zu formulieren. Diese Subkommission räumte den Unternehmern den Arbeitern gegenüber ein „neues Recht“ ein. Die Unternehmer sollten befugt sein, zur Sicherung des Erfolges eines durch Kontraktbruch erwachsenen Schadens oder einer Strafe bei den einzelnen Lohnzahlungen ein Viertel des fälligen Lohnes im Gesamtbetrag eines durchschnittlichen Wochenlohnes zurückzubehalten. Ueberdem wurde in einem neuen Paragraphen (§ 124 b der Vorlage) dem Unternehmer das Recht gegeben, von dem kontraktbrüchigen Arbeiter für den Tag des Vertragsbruches und jeden folgenden Tag der vertragsmäßigen oder gesetzlichen Arbeitszeit, höchstens aber für eine Woche, den Betrag des ordentlichen Tagelohnes zu fordern, und zwar ohne Nachweis des Schadens. Ueberdem sollte Unternehmern bei Androhung von Schadensersatz verboten werden, kontraktbrüchige Arbeiter in Arbeit zu nehmen.

So wollte man einen Ausnahmestatus für Arbeiter schaffen, wie er sonst für keine Gesellschaftsklasse existiert. Durch die Gewährung des

Schadensersatzes resp. der Buße auch ohne Nachweis eines Schadens würde man gewissenlosen Unternehmern, davon es ja so viele gibt, die Möglichkeit geschaffen haben, durch Schikane aller Art die Arbeiter zum Kontraktbruch zu zwingen und sich an der „Buße“ zu bereichern. Die Sozialdemokraten bekämpften diese monströsen Vorschläge selbstverständlich mit äußerster Entschiedenheit, während die Stumm, Möller und Genossen erklärten: es müsse konstatiert werden, daß eine ungemein große Zahl von Arbeitseinstellungen mit Kontraktbruch in die letzte Zeit falle, daß diese Zahl stetig wachse, daß nur in den wenigsten Fällen dadurch ein sachlicher Vorteil für die Arbeiter erzielt sei und „daß den berechtigten Bestrebungen derselben genügt werde, wenn man fesselle oder übertriebene Anforderungen zu massenhaften Kontraktbrüchen von der Arbeiterbewegung fernhalte“. In demselben Maße, in welchem die Fürsorge der Gesetzgebung für die wahren Interessen der Arbeiter sich betätige, wachse auch die Pflicht der Regierung, die rechtswidrige Selbsthilfe (!) der Arbeiter zu hindern. Auch die englische Gesetzgebung gehe mit Strafen gegen gewisse, das öffentliche Wohl gefährdende Kontraktbrüche der Arbeiter vor, ohne daß man dies bis jetzt beanstanden habe.

Die Vorschläge der oben genannten fünf Abgeordneten wurden sowohl von der Mehrheit der Kommission wie der Mehrheit des Plenums angenommen. (Siehe §§ 119 a Abs. 1; 124 b und 125 der Gewerbeordnung.) Durch die Gewerbeordnungsnovelle von 1891 ist also eine gesetzliche Vertragsbruchstrafbestimmung resp. -Buße bereits eingeführt. Was jetzt die Jünfster auf ihrer bennächstigen Tagung propagieren wollen, ist die kriminelle Bestrafung des Vertragsbruches und die Bestrafung der Aufforderung zum Streik unter Nichtinnehaltung der Kündigungsfrist.

Hier ist eine weitere Erinnerung am Platze. Die sozialdemokratische Fraktion erwog 1890/91 sehr eingehend die Frage, ob es in Ansehung der Kontraktbruchbestrafungswirkung im Interesse der Arbeiter geboten erscheine, für eine gesetzliche Kündigungsfrist noch weiter einzutreten. Die Fraktion faßte nach eingehender Beratung einstimmig den Beschluß: für die zweite Lesung der Gewerbeordnungsnovelle den Antrag auf gesetzliches Verbot der Kündigungsfrist zu stellen.

Dieser Beschluß ist denn auch ausgeführt worden. Er hat damals in Arbeiterkreisen einige Ueberzeugung, um nicht zu sagen Mißstimmung hervorgerufen. Galt in diesen Kreisen doch bis dahin die Kündigungsfrist als ein Mittel, sich wenigstens einigermaßen gegen die Unternehmerwillkür zu schützen.

Aufmerksamen Beobachtern der Verhältnisse zwischen Kapital und Arbeit ist es längst kein Geheimnis mehr, daß der Wert der Kündigungsfrist im allgemeinen (von Ausnahmen abgesehen) völlig illusorisch ist. Die Erfahrung lehrt, daß der Unternehmer jederzeit in der Lage ist, seine Kündigungsfrist dem Arbeiter gegenüber zu umgehen. Der sogenannte „Arbeitsvertrag“, in Verbindung mit den gesetzlichen Bestimmungen über Entlassung der Arbeiter vor Ablauf der vertragsmäßigen Zeit, gibt erfahrungsgemäß dem Unternehmer der Vorwände genug an die Hand, den Arbeiter „abzuschließen“, wenn ihm das vorteilhaft erscheint. Ohne große Schwierigkeit konstruiert der Unternehmer einen „gesetzlichen Grund“ für die plötzliche Entlassung des Arbeiters.

An der Innehaltung der Kündigungsfrist hat ja tatsächlich der Unternehmer nur so lange ein Interesse, als er die Arbeiter notwendig braucht bzw. sie nicht ohne weiteres durch andere ersetzen kann. Ist er in der glücklichen Lage, mit einem Ueberangebot von Arbeitskräften rechnen zu können, so besteht dieses Interesse für ihn nicht.

Diejenigen sind in einem schweren Irrtum befangen, welche die Frage der Aufkündigung des Arbeitsvertrages als eine Rechtsfrage erachten und behandeln. Das ist sie nie gewesen. Die Erfahrung lehrt, daß sie, wie die Frage des Arbeitsvertrages überhaupt, lediglich eine Machtfrage ist, auf deren Entscheidung das Gesetz einen wesentlichen Einfluß nicht hat und nicht haben kann, weil die Voraussetzung, von der es ausgeht, die Freiheit des Arbeitsvertrages ist. Wie die Unternehmer, so streben auch die Arbeiter sich gegen die Kündigungsfrist in allen Fällen, wo dieselbe ihnen nachteilig erscheint. Immer ist bei dem einen, wie bei dem anderen Teil die wirtschaftliche Lage, das Verhältnis von Angebot und Nachfrage, und endlich auch die Macht der Koalition, welche die Interessenten bilden, entscheidend für den Abschluß des Arbeitsvertrages, also auch dafür, ob die Innehaltung einer Kündigungsfrist zur Pflicht gemacht werden soll oder nicht.

Die wirtschaftliche Lage aber gestaltet sich immer ungünstiger für die Arbeiter; das Verhältnis von Angebot und Nachfrage nimmt immer mehr die Richtung zu ihren Ungunsten. Daraus erklärt sich, daß diejenigen Unternehmer — und das sind weitaus die meisten —, welche die Gemisheit haben, daß der Arbeitsmarkt ihnen günstig ist, daß ihnen jederzeit Arbeitskräfte in ausreichender Weise zu Gebote stehen, eine Verpflichtung zur Aufkündigung des Arbeitsverhältnisses nicht mehr eingehen. Im Baugewerbe z. B. war bis Ende der achtziger Jahre diese Verpflichtung ziemlich allgemein üblich. Als aber die Chancen sich mehr und mehr verschlechterten und die Nachfrage nach Arbeitskraft immer mehr zurückging, schaffte das Unternehmertum sie ab. Das tat z. B. im Jahre 1890 auch die Hamburger Innung „Bauplätze“; sie setzte Arbeitsbedingungen fest, in denen ausdrücklich von der Aufkündigung des Arbeitsverhältnisses abgesehen wurde.

Wenn auch nicht in Abrede gestellt werden kann, daß einzelne Arbeiterkategorien ein Interesse an der Aufrechterhaltung der gegenseitigen Kündigungsfrist haben, so dürfte das für die große Masse der Arbeiter doch nicht entscheidend sein. Die Kündigungsfrage hat schon dadurch, daß die Kontraktbruchbuße gesetzlich eingeführt worden ist, einen ganz anderen Charakter bekommen. Wenn nun gar noch die kriminelle Bestrafung des Vertragsbruches hinzukommen sollte — was man wenigstens als möglich in Betracht ziehen muß —, so hat die Kündigungsfrist für den Arbeiter nur die schwersten Nachteile. Wir haben fest gestellt, daß der Zweck der Kontraktbruchbestrafung lediglich der ist, die Arbeiterorganisationen zur Ohnmacht zu verurteilen, ihnen insbesondere den Streik unmöglich zu machen, oder doch außerordentlich zu erschweren. Es würde, worauf wir auch schon hingewiesen haben, Torheit sein, verhehlen zu wollen, daß, wenn Arbeiter, die zur Aufkündigung des Arbeitsverhältnisses vertragsmäßig verpflichtet sind, sich zu einem Streik gezwungen sehen, in den meisten Fällen Vertragsbruch begehen müssen, um sich Erfolg zu

sichern. Die Massenaufkündigung seitens solcher Arbeiter, die gemillt sind, in einen Streit einzutreten, widerspricht dem wirtschaftlichen Klagsrecht, welches der Kapitalismus selbst geschaffen hat.

So sehr die Arbeiter alle Ursache haben, zu wünschen, daß es ihnen durch die Macht ihrer vom Unternehmertum als gleichberechtigten Faktor anzuerkennenden Koalition möglich sei, Streiks zu vermeiden, so sehr sind sie auch interessiert an der Wahrung der Freiheit, plötzlich den Streit zu beginnen, um die Unternehmer desto leichter zum Nachgeben zu zwingen.

Grade diese Freiheit aber soll durch die Kontraktbruchbestimmungen illusorisch gemacht werden. Würde der Kontraktbruch kriminell bestraft, so würden — das unterliegt für uns nicht dem geringsten Zweifel — die Unternehmer die Kontraktbruch-Paragrafen größtenteils mißbrauchen, indem sie auf Kündigung bestehen, lediglich zu dem Zwecke, den Arbeitern die Ausübung des Koalitionsrechtes unmöglich zu machen, dieselben unter den permanenten Einbruch der Ausichtslosigkeit eines Streiks zu bringen. Wenn das Unternehmertum erst keine Streiks mehr zu fürchten hat, wenn es weiß, daß ein hartes Strafgesetz ihnen Schutz gewährt gegen die Aufforderung zum Streit, gegen die sogenannten „Aufsteiger“, so wird es seiner Willkür gar keine Grenzen mehr wissen.

Sollte die Kontraktbruchbestrafung eingeführt werden, so würden die Arbeiterorganisationen genötigt sein, in den Kampf einzutreten für Arbeitsbedingungen, in welchen ausdrücklich auf die Kündigung Verzicht geleistet wird.

Die Befürworter der Kontraktbruchbestrafung heucheln, wenn sie behaupten, einen „Rechtsstandpunkt“ zu wahren, indem sie sich auf den sogenannten „freien Arbeitsvertrag“ berufen, den der Arbeiter zu halten gezwungen sei. Als ob sie selbst nicht am besten wüßten, daß der Regel nach der „freie Arbeitsvertrag“ nur als Rechtsbegriff und in der Einbildung besteht, nicht aber in Wirklichkeit. In der Praxis des wirtschaftlichen Lebens nimmt sich der „freie Arbeitsvertrag“ ganz anders aus als in der Theorie der Gesetzgebung. Die sagt dem Arbeiter: „Du bist frei!“ Das Unternehmertum aber erklärt ihm: „Ich bin die Autorität; du, als der wirtschaftlich Schwache, bist auch der Abhängige von mir!“ — Braucht man denn noch Beweise dafür, daß der Unternehmer vermöge seiner wirtschaftlichen und sozialen Ueberlegenheit das ganze physische und geistige Leben des Arbeiters zu beherrschen vermag? Das Unternehmertum pöcht ja geradezu in der rücksichtslosesten Weise auf seine Uebermacht. Die Regel ist die, daß der Unternehmer den Arbeitern einseitig und willkürlich die Arbeitsbedingungen vorschreibt, und daß der Arbeiter um des lieben Brotes wegen gezwungen ist, auf diese Bedingungen einzugehen, wenn nicht gerade günstige Verhältnisse ihm ermöglichen, ebenfalls Bedingungen zu stellen. Das ist aber immer nur der Fall bei einem Mangel an Arbeitskraft, welcher den Unternehmer zwingt, seine Willkür einzuschränken, mit den Arbeitern über die Arbeitsbedingungen zu verhandeln bzw. auf deren Bedingungen einzugehen.

Die arbeitenden Klassen können unmöglich den Kontraktbruch als eine Rechtsverletzung erachten; sie haben das lebendige Bewußtsein, daß der „Arbeitsvertrag“ nur auf Scheinfreiheit sich gründet, daß derselbe in der Regel nichts anderes ist, als eine einseitig und willkürlich vom Unternehmer entworfene oftproletarische Arbeitsordnung. Es kann nicht scharf und nachdrücklich genug betont werden, daß der Arbeiter, wenn er, zumal bei Streiks, Kontraktbruch begeht, lediglich mit einer Zwangslage bricht, daß da, wo die Voraussetzungen eines frei gewillkürten Vertrages fehlen, auch nicht von einer Rechtsverletzung beim Bruch der aufgekündigten Arbeitsbedingungen die Rede sein kann.

Eine zivilrechtliche Haftung der Arbeiter für Vertragsbruch hätte nur dann einen rechtlichen Sinn, wenn der Arbeitsvertrag ein wirklich freier wäre, wenn der Arbeiter an seinem Zustandekommen als gleichberechtigter Kontrahent mitwirken würde. Das ist aber nicht der Fall. Wie sehr der „freie Arbeitsvertrag“ eine Lüge ist, beweisen die Unternehmer selbst alle Tage, indem sie den Arbeitern das Recht streitig machen, in die Arbeitsbedingungen „hineinzutreten“.

Die kriminelle Bestrafung des Vertragsbruches gar wäre nichts anderes als eine frivole Konzeption an das gemeingefährliche Prinzip des Arbeitsherrentums.

Wie ist der wilden Konkurrenz ausländischer Arbeitskraft zu begegnen?

Am Schluß unserer Ausführungen über die Konkurrenz der italienischen Arbeiter im deutschen Baugewerbe (Nr. 30, vom 23. Juli d. J.) befehlten wir uns vor, auf die Sache zurückzukommen und die Mittel zu erwägen, die gegen die systematische Verdrängung und Unterdrückung der einheimischen Arbeiterschaft durch den Italienerimport anzuwenden sind. Dem wollen wir heute genügen.

Vorweg müssen wir erklären, daß wir entsprechend den sozialdemokratischen Prinzipien, uns nicht zu irgend einem System der sogenannten nationalen Abschließung auf politischem oder wirtschaftlichem Gebiete bekennen. Wir wissen — und haben darauf bereits in unserem ersten Artikel scharf hingewiesen —, daß die internationale Konkurrenz der Arbeitskraft eine unvermeidliche, notwendige Konsequenz der wirtschaftlichen Entwicklung ist. Wie der Kapitalismus sich nicht an nationale Grenzen binden kann, so folgerichtig auch nicht die Arbeitskraft. Grundsätzlich treten wir ein, wie für die Freiheit des Warenaustausches, so auch für die internationale Freizügigkeit der Arbeitskraft. Darin sind wir durchaus konsequent im Gegensatz zu den Vertretern des „Schutzollsystems“, die unter dem demagogischen Vorwande, die „nationale Arbeit“ schützen und fördern zu wollen, der Einfuhr ausländischer Produkte Abbruch zu tun versuchen, aber dabei kein Bedenken tragen, es als selbstverständlich zu betrachten, daß der deutsche Arbeiter sich der billigeren ausländischen Arbeitskraft bebiegen darf. Vor etwa zwei Jahren, anläßlich der politischen Debatten im Reichstage, wurde aus einem Kreise katholischer Arbeiter die Ansicht geäußert, wenn man das ausländische Produkt mit Zöllen belaste zum „Schutze der nationalen Arbeit“, so sei es um dieses Schutzes willen mindestens ebenso richtig und notwendig, auch dem Import ausländischer Arbeitskraft durch Kopfzölle zu begegnen. Es läßt sich nicht bestreiten, daß in diesem Gedanken Logik steckt. Denn wenn der Zollschutz des Produkts der einheimischen Arbeit berechtigt und notwendig ist, weshalb dann nicht der gleiche Schutz für die einheimische Arbeitskraft, die das Produkt schafft? Unsere Schutzöllner haben sich wohl geäußert, an diesem Gedanken die Kunst ihrer Kritik zu versuchen. Für uns kommt es ernsthaft nicht in Betracht; wir erkennen nicht an, daß solch ein Schutz der nationalen Arbeit berechtigt ist und gute Wirkungen haben kann. Wir wollen nicht, daß zwischen den Kulturvölkern eine „Ausländerfrage“ in dem Sinne entsteht, daß die internationale Freizügigkeit der Arbeiter gehindert oder unterdrückt wird, wie man es in Amerika, in England, in Frankreich schon versucht hat. Es darf und kann nicht heißen: Amerika den Amerikanern, England den Engländern, Deutschland den Deutschen. Nicht darum kann es sich vernünftigerweise handeln, die internationale Fluktuation der Arbeiter gewaltsam zu verhindern, sondern lediglich darum, ihre Regelung im Interesse der Arbeiter herbeizuführen.

Diese Frage beschäftigt schon Jahrzehnte hindurch die organisierte Arbeiterschaft der Länder. Bereits im Jahre 1859 gelegentlich der großen Arbeitseinstellung der Londoner Bauhandwerker, die schwer zu leiden hatten unter der Konkurrenz der irischen Arbeiter, wies G. Döger auf ihre Wichtigkeit hin. Vier Jahre später, 1863, bei der Londoner Weltausstellung, veranlaßte dieser Mann auf einem großen Meeting die Annahme einer Adresse an die „französischen Brüder“, in welcher betont war, daß regelmäßige allgemeine Arbeiterkongresse abgehalten werden müßten zwecks Feststellung von Maßnahmen, zu verhindern, daß ausländische Arbeiter in Länder mit hohem Lohn überführt werden, um daselbst als Lohnbrücker und Streikbrecher die einheimischen Arbeiter zu schädigen.

Dieser Gedanke hat Geltung behalten; er ist später auf internationalen Arbeiterkongressen öfter erörtert worden, so besonders auf dem in Zürich 1897. Dieser gelangte zu der Erklärung, es sei notwendig, daß die gewerkschaftlichen Organisationen der verschiedenen Länder Einrichtungen treffen, sich dauernd zu verständigen, um, besonders in den Lohnkämpfen, im

*) In dem Artikel in Nr. 24, der sich mit der „Patela“ beschäftigt, ist auf Seite 339, Spalte 2, Zeile 14 ff. auf den heutigen Artikel hingewiesen, als wenn er schon veröffentlicht sei. Diese von uns nicht beabsichtigte Freizügigkeit ist das Wort des Drucksetzerlebens, der aus fähren „führen“ gemacht hat. Der heutige Artikel ist freilich gleich nach der Veröffentlichung des ersten in dieser Angelegenheit (Nr. 30) geschrieben worden, er mußte aber leider wegen Mangels zurückgestellt werden und mußte dann auch hinter der Abwehr gegen die perfiden Angriffe der „Patela“ zurückstehen.

Einverständnis handeln zu können. Auf Antrag der italienischen Delegation beschloß der Kongress weiter in bezug auf die Konkurrenz der fremden, nicht organisierten Arbeiter, es sei notwendig, daß in Ländern, wo diese Konkurrenz als ein Uebel sich fühlbar macht, die Arbeiterorganisationen und die sozialistischen Parteien diesem Uebel entgegenzutreten und daß dieselben Faktoren in den Ländern, von welchen die Einwanderung herrührt, ebenso sich betätigen.

Wir erkennen an, daß die gewerkschaftliche Organisation und die sozialdemokratische Partei in Italien seither nach Kräften bemüht gewesen sind, dieser Pflicht zu entsprechen. Aber beim besten Willen ist es ihnen bis jetzt nicht möglich gewesen, dem Uebel so zu steuern, wie die berechtigten Interessen der Arbeiter Deutschlands, Oesterreichs, der Schweiz, Frankreichs zc. es erfordern. Wie die Konkurrenz der italienischen Arbeiter von deutschen Unternehmern und italienischen Dienern der Kirche gefördert und in ein System gebracht wird, das haben wir in unserem Artikel in Nr. 30 an der Hand von Tatsachen gezeigt.

Die internationale Verständigung, das gemeinsame Wirken der organisierten Arbeiterschaft der verschiedenen Länder ist noch nicht aus ihrem Anfangsstadium heraus. Sie hat mit gewaltigen Schwierigkeiten zu rechnen, die nur nach und nach überwunden werden können, so hauptsächlich mit dem steten Nachwuchs der indifferenten und unorganisierten Arbeiter, für die es nur eines gibt: Arbeit um jeden Preis! Mit den schönsten Deklamationen der internationalen Solidarität an sich ist nichts getan; wenn sie nicht ihre praktische Betätigung findet. Und das kostet Mühe und Zeit.

Wir reklamieren deshalb für die einheimischen Arbeiter ein Notwehrrecht gegen die sie mehr und mehr bedrängende wilde Konkurrenz der unorganisierten italienischen Arbeiter. Unter Berufung auf „internationale Solidarität“ kann man vernünftigerweise nicht fordern, daß unsere einheimischen Arbeiter, die schwere Pflichten gegen Reich, Staat und Gemeinde zu erfüllen haben, jenen indifferenten, rücksichtslosen Massen zuliebe hungern und sich vom Unternehmertum unterdrücken lassen. — Es widerspricht dem Prinzip des Internationalismus durchaus nicht, ist vielmehr eine Konsequenz dieses Prinzips, weil es die Idee der wirtschaftlichen Gerechtigkeit in sich begreift zu erklären, daß die dem vaterländischen Gemeinwesen zu schweren Lasten verpflichteten Arbeiter in erster Linie ein Recht auf Arbeit und Brot innerhalb dieses Gemeinwesens haben; daß sie verlangen können, geschützt zu sein gegen die sie in ihrer Lebenshaltung und ganzen wirtschaftlichen Existenz bedrohende wilde Konkurrenz. Da ist nun nach unserem Dafürhalten die Selbsthilfe das wichtigste, die Hilfe, welche die einheimischen Arbeiter sich selbst gewähren können durch ihre gewerkschaftliche Organisation und Koalition, indem sie das Unternehmertum zwingen, von der Praxis abzulassen, ihnen eine ausländische Arbeitskraft als lohnbrückendes und ihre Organisation bedrohendes Element gegenüber zu stellen. Dazu aber ist erforderlich: das volle und unbeschränkte Koalitionsrecht, eine ausreichende gesetzliche Gewähr gegen dessen Schmälerung und Unterdrückung durch Unternehmer und ihnen verbundene Behörden. Dahin muß es kommen, daß durchweg nur die Arbeitsbedingungen Geltung haben für alle Arbeiter ohne Unterschieb, welche zwischen der anerkannten Arbeiterorganisation und der organisierten Arbeiterschaft ordnungsgemäß vereinbart worden sind. Damit wäre das beste Mittel zur Regelung der Konkurrenz ausländischer Arbeiter unter Wahrung aller berechtigten Interessen der einheimischen Arbeiter gegeben. Voraussetzung dabei wäre selbstverständlich aber auch, daß alle zur Beschäftigung gelangenden ausländischen Arbeiter ohne weiteres Mitglieder der gewerkschaftlichen Organisation ihres Berufes werden, also derselben verpflichtet sind, speziell auch rücksichtlich Innehaltung der gewerkschaftlichen Arbeitsbedingungen.

Ist das erreicht, so können die Unternehmer ausländische Arbeiter nicht mehr anwerben zu dem Zweck, die Löhne zu drücken und die Arbeiterorganisationen schädigen und zerstören zu helfen. Dann wird die Zahl der beschäftigten ausländischen Arbeiter in das richtige Verhältnis zu der Zahl der einheimischen Arbeiter, welche mit Recht Beschäftigung in erster Linie zu fordern haben, gebracht werden können.

Man möge dagegen nicht einwenden, daß damit einer großen Zahl italienischer Arbeiter die Möglichkeit genommen wird, sich bei uns ihr Brot zu verdienen. Wir vermögen nicht einzusehen, daß es gerecht ist, deutschen Arbeitern entgegen zu lassen, was die herrschenden Klassen und die Regierung

Stattens an Begehungs- und Unterlassungsfänden gegen die Arbeiterklasse ihres Landes sich zu schulden kommen lassen. Mögen sie, statt sich der überschüssigen Arbeitskraft in rüchichtsloser Weise zum Nachteil der Arbeiter zu entleeren, bessere, wirtschaftliche und soziale Zustände im eigenen Lande und damit den dortigen Arbeitern günstigere Existenzbedingungen schaffen. Sie auf diese Bahn zu drängen, zu zwingen, dürfte die Regelung der „Ausländerfrage“ nach unseren Vorschlägen ein sehr gutes Mittel sein.

Es kommt als Notwehr unter allen Umständen hinzu, daß, entsprechend einer Forderung unserer organisierten Arbeiterschaft, die baulenden Behörden gehalten sind, den mit der Ausführung ihrer Bauarbeiten betrauten Unternehmern zur Pflicht zu machen, daß sie in erster Linie einheimische Arbeiter beschäftigen und die mit der Arbeiterorganisation vereinbarten Arbeitsbedingungen inne halten.

Würde diese Maßnahme allgemein von den Reichs-, Staats- und Gemeindebehörden durchgeführt, so wäre damit schon viel gewonnen, der wilden Konkurrenz eine erhebliche Schwänke gesetzt, und es würde dann um so leichter sein, denselben Grundfäden auch bei den Privatunternehmungen Geltung zu verschaffen. Auch auf diesem Gebiete die „Ausländerfrage“ zu regeln, hätte dann die gewerkschaftliche Arbeiterorganisation eine bedeutende und unangreifbare Stütze.

In dieser Richtung sich immer entschiedener zu betätigen; muß die Arbeiterorganisation als eine ihrer wichtigsten Aufgaben erachten. Und die Arbeiterorganisationen, die sozialistischen Parteien des Auslandes haben die Pflicht, sie in diesem Bestreben kräftig zu unterstützen.

Maurerbewegung.

Streiks, Aussperrungen, Maßregelungen, Differenzen.

Sperrn, über die nicht mindestens alle vier Wochen berichtet wird, werden fernerhin nicht mehr veröffentlicht. Zuzug von Maurern und Bauarbeitern ist fernzuhalten:

Deutschland:

Hamburg:

Zweivelangebiet Hamburg (Sperrn über Feck Söhne, Kühl-Altona und Peters-Eidelstedt);

Schleswig-Holstein:

Eutin-Malenke (Aussperrung), Althelkendorf (Sperrn über Stöling in Laboe), Uetersen (Sperrn über Hans Salan);

Mecklenburg:

Grabow (Streik), Schworn (Sperrn über Ferd. Stange), Rostock (Aussperrung);

Pommern:

Anklam - Libs - Duohrer - Lassen (Streiks), Alt-Damm (Sperrn über Hilde und E. Brand), Swinemünde (Sperrn über Nagel aus Anklam und über Krauel), Richtenberg-Franzburg (Sperrn über Heuer), Köllberg (Sperrn über W. Schöke), Fritzi (Sperrn über Benkowitz);

Prov. Brandenburg:

Rathenow (Streik), Forst (Aussperrung);

Ost- u. Westpreussen:

Königsberg, Marienburg, Strasburg (Streiks), Somburg (Sperrn über Reese);

Prov. Posen:

Grätz (Streik), Rawitsch (Sperrn über Konrad in Mossel);

Schlesien:

Mittelsch (Streiks), Liegnitz (Aussperrung), Breslau (Sperrn über Baumgart), Zabrze, Kattowitz (partielle Streiks);

Königr. Sachsen:

Chemnitz (Streik), Zwickau (Sperrn über Junghans und Zeuner), Leipzig (Sperrn über die Bahnhofsbauten der Unternehmer Risse & Lingsleben aus Halle, Berndt aus Dresden und Daniel Marin aus Spillberg);

Prov. Sachsen und Anhalt:

Barby, Calbe, Weissenfels (Aussperrung), Tangermünde, Quedlinburg, Nordhausen (Streiks), Gr.-Othersleben (Sperrn über Dennowitz), Keuschberg (Sperrn über Jacob), Erfurt (Sperrn über J. Schenk und Wagner), Dessau (Sperrn über Thiemike), Rodensleben (Sperrn über Braumann), Merseburg (Sperrn über Graul);

Thüringen:

Gera (Streik);

Bayern:

Neustadt a. d. E., Speyer (Differenzen);

Baden:

Konstanz (Streiks);

Rheinprovinz:

Hann bei Solingen, Bonn, Ruhrort, Bruckhausen, Marloh, Hamburg, Walsum-Dinslaken, Meiderich, Oberhausen u. Umg. (Streiks), Gerresheim (partielle Streiks), Kaiserswert (Sperrn über die Bauten an der Diakonissenanstalt), Üblin (Sperrn über Kohl), Mühlheim a. Rh. (Sperrn über Kortlang), Barmen (Sperrn über Hausberg), Greifeld (Differenzen), Düsseldorf (Stakkateur-Streik), Hilden (Differenzen);

Westfalen:

Bielefeld, Brackwede (Sperrn über Krusch), Gelsenkirchen, Berna, Unna, Wanne (Streiks), Hagen, Brakel (Differenzen);

Bremen:

Bromerhaven-Gossemünde-Lehe (Aussperrung), Bremen (Streik);

In Karlsruhe haben Mittwoch, den 17. d. M., vor dem Bürgermeister Herrn Siegrist Einigungsverhandlungen stattgefunden, wobei folgendes vereinbart wurde:

1. Der Vertreter der Arbeitgeber wird dem Verbande der Arbeitgeber des Baugewerbes empfehlen:

a) Bis auf weiteres eine Lohnhöhung von 2 3/4 für die Stunde zu bewilligen, also statt 41 3/4 44 1/4, wie sie bereits von den Arbeitgebern freiwillig eingeführt worden ist.

b) Es soll aber sofort in neue Verhandlungen zwischen dem Arbeitgeberverband einerseits und dem Maurer-Verband andererseits, unter Hinzuziehung des Vorsitzenden des Zentralverbandes, über die künftigen Lohn- und Arbeitsverhältnisse eingetreten werden. Die nächste Verhandlung soll Montag, den 5. September, Nachmittags 3 Uhr, unter Leitung des Bürgermeisters Siegrist im Rathaus stattfinden.

c) Die Forderung der achtstündigen Lohnzahlung wird fallen gelassen unter der Bedingung, daß die Säubigungsfrist im Arbeitsvertrage ausgeschlossen wird.

2. Die Vertreter der Streitenden werden diesen hieroben Kenntnis geben und die, Anfrage an dieselben richten, ob sie unter diesen Bedingungen die Arbeit aufnehmen.

3. Falls dies geschieht, wird der Maurerverband sich nach Kräften bemühen, den Weistern Arbeiter zu befragen.

4. Andererseits sollen Maßregelungen wegen Beteiligung am Streik ausgeschlossen sein.

Die Streitenden haben diese Bedingungen angenommen und den Streik für beendet erklärt.

Über die Wendung des Kampfes wird uns noch geschrieben: Haben wir bei den Umänderungen auch/nicht den geforderten Stundenlohn erreicht, so haben wir doch dadurch, daß man von seiten des Baugewerksverbandes unsere Organisation anerkennt, einen ganz bedeutenden Schritt vorwärts getan. Wir sind deshalb auch der Meinung, daß bei den späteren Unterhandlungen auch in der Lohnfrage ein Schritt weiter gegangen wird. Freitag, den 19. d. M., fand die Versammlung statt, in der die streikenden Maurer Stellung zu diesen Umänderungen zu nehmen hatten. Von der Streikleitung wurde den Kollegen in Form einer Resolution der Vorschlag gemacht, die Arbeit am 22. d. M. zu diesen Bedingungen zu nehmen und in ruhigem Verharren die späteren Verhandlungen abzuwarten.

Wenn man geglaubt hätte, die Kollegen wären nach dem 15wöchigen Kampfe müde und würden nun froh sein, wieder in Arbeit treten zu können, so hätte man sich sehr getäuscht. Denn es wurde während der Diskussion förmlich dagegen angefaßt, die Arbeit unter den gegebenen Umständen aufzunehmen.

Die Kollegen Horter und Philipp sowie der Vorsitzende des Kartells gaben sich alle erdenkliche Mühe, die streikenden Kollegen davon zu überzeugen, daß es doch besser wäre, die Arbeit aufzunehmen, da die kommenden Unterhandlungen für die Gesellen noch Verbesserungen bringen müßten.

Endlich, nach stundenlangem, förmlichem Diskussion fand folgende Resolution mit allen gegen zwei Stimmen Annahme:

Die heute im Märkischen Saale tagende, von allen Streitenden, sowie von den zu neuen Bedingungen arbeitenden Maurern besuchte Versammlung nimmt Kenntnis von den Einigungsverhandlungen. Die Versammlung konstatiert zunächst, daß nach 15 Streikwochen noch volle Einmütigkeit herrscht. In Anbetracht dessen jedoch, daß die Unternehmer jetzt bereit sind, zu unterhandeln und dabei auch die Vertreter der Organisation zuzulassen wollen, und in der Erwartung, daß die Unternehmer endlich eine ehrliche Regelung unserer Lohn- und Arbeitsverhältnisse mit den Vertretern der Maurer-berufstätigen wollen, beschließt die Versammlung, den allgemeinen Streik vorläufig aufzuheben und am Montag die Arbeit zu tun vor dem Herrn Bürgermeister Siegrist abgemachten Einigungsvorschlägen wieder aufzunehmen. Dieser Beschluß geht von der Erwartung aus, daß die Unternehmer in alternativer Zeit den Lohn von 45 1/4 zahlen werden. Der gebotene Lohn von 43 1/4 kann nur bis zum Stillstehen weiterer Verhandlungen in Betracht kommen. Weiter beschließt die Versammlung, daß die 45 1/4 Lohn pro Stunde bei allen Unternehmern, die die Forderungen bewilligt haben, weiter gefordert werden müssen. Sollte der Versuch zu Abgängen gemacht werden, so ist dies sofort mit der Niederlegung der Arbeit und mit Hauptberuf zu beanstanden. Nachdem diese Resolution angenommen war, wurden noch folgende Beschlüsse einstimmig gefaßt:

- 1. den jetzt ab einem Wochenbeitrag von 50 1/2 zu bezahlen;
- 2. einen befehlenden Beamten angustellen, und wurde derselbe auch in der Person des Kollegen Philipp einstimmig gewählt.

Die Kollegen Horter und Philipp munterten die Kollegen nach diesen Verhandlungen noch einmal auf, fest zu halten an der Organisation, dafür Sorge zu tragen, daß auch der letzte Maurer des Bezirks Karlsruhe dem Zentralverbande der Maurer Deutschlands zugeführt wird. Wenn dies geschieht, hätte man die Garantie, daß in kurzer Zeit die wirtschaftliche Lage der Maurer im Bezirk Karlsruhe eine bessere wird, als sie es in den vergangenen Jahren war. Mit einem Hoch auf das Gelingen und Gelingen des Zentralverbandes fand die förmliche, interessante Versammlung ihren Abschluß, und die Kollegen zogen einig und mit froher Zuversicht ihrer Heimat zu.

Zur Vertragsabfertigung in Weingau ist zu berichten, daß die Unternehmer in Wiesbaden und Friedberg beschlossen haben, in den Vertrag bis 1908 zu tun von den beiderseitigen Kommissionen festgesetzten Wägen einzutreten. Durch diesen Beschluß hat der Vertrag auch in diesen beiden Orten Gültigkeit bis 31. März 1908.

Aus Wschaffenburg ist eine Erklärung über die Annahme des Vertrages, die bekanntlich bis zum 20. d. M. erfolgen sollte, nicht eingegangen; es sollen dort, wie der Vorstand des Mitteldeutschen Arbeitgeberverbandes schreibt, Mißverständnisse unterlaufen sein, die erst aufgeklärt werden müssen.

In Saar bei Solingen befinden sich jetzt Montag, 22. d. M. die Maurer im Streik. Es kommen drei Unternehmer in Betracht, bei denen circa 30 Maurer arbeiten. Die Arbeit ruht

völlständig. Gefordert wird ein Stundenlohn von 46 1/4, der vom 1. April n. J. an 48 1/4 betragen soll; außerdem sind die üblichen Nebenbedingungen gestellt worden.

In Bielefeld-Gerresheim ist es den Unternehmern bis jetzt nicht gelungen, Maurer von auswärtig heranzuziehen. Montag, den 8. August, wurde bei den Bauvorständen, Kollege Müll, eine Unterhandlung mit den Unternehmern herbeizuführen; seine Bemühungen blieben jedoch erfolglos. Mittwoch, den 10. August, hatten die Unternehmer Versammlung, in welcher sie beschlossen, sämtliche Maurer und Bauarbeiter, die bis zum 15. August die Arbeit nicht aufgenommen haben, auszusperrn. Eine gemeinsame Versammlung der Maurer und Bauarbeiter beschloß, den Streik so lange fortzusetzen, bis die Unternehmer annehmbare Zugeständnisse machten.

Über den Stand der Lohnbewegung in Gelsenkirchen machte Kollege Binnig in einer gemeinsamen Versammlung der beiden Organisationen folgende Angaben: Von den sechs Unternehmern, bei denen zuerst die Abänderung eingeleitet wurde, haben die Unternehmer Kronstein und S. Zimmermann die Forderungen sofort bewilligt. Es wurden dann sechs weitere Unternehmer gesperrt, bei welchen 114 Kollegen die Abänderung einreichten, während 13 nicht taten. Der Arbeitgeberverband beschloß dann die Aussperrung, es haben sich aber nicht alle Mitglieder desselben daran beteiligt. Im ganzen waren 562 Maurer auf den Bauten beschäftigt, wovon sich rund 100 im Auslande befinden. Kollege Kraft bemerkte, daß in B a n n e bei zehn Unternehmern 183 Maurern gekündigt worden sei. Zehn andere Firmen mit 185 Maurern hätten den Beschluß des Arbeitgeberverbandes nicht befolgt. In W a f f e n s c h e i d lagen die Verhältnisse ähnlich. Mit den 48 Arbeitern, die sich an dem Zustande nicht beteiligen wollten, könnten die Unternehmer ihre Arbeiten nicht fertig stellen.

Wenige Tage vor dem Ablauf der Säubigungsfrist wurde noch einmal und zwar vom Bürgermeister Herrn von Wedekind der Versuch gemacht, eine Einigung herbeizuführen. Beide Teile, wie sowohl die Unternehmer, geben ihre Bereitwilligkeit zu Verhandlungen Ausdruck und so fand am 17. d. M. unter dem Vorhitz des genannten Herrn eine Sitzung des Vorstandes des Arbeitgeberverbandes und der Lohnkommission statt. Es wurde hierbei ein Vertragsentwurf formuliert, der vom 1. September d. J. einen Stundenlohn von 50 1/4, vom 1. April 1905 auch die zehnstündige Arbeitszeit vorsah. Der dritte Punkt, die Abänderung des Stundenlohn, wurde fallen gelassen und statt dessen die üblichen Ausnahmen (Alterfugache, Rentenempfänger, Ausgelernte) besonders aufgeführt. Die anderen Punkte Lohnzahlung usw. fanden gleichfalls eine, wenn auch nicht besonders glänzende Regelung. Am 19. d. M. beschäftigte sich eine gemeinsame Versammlung unserer Kollegen mit dem Vertragsentwurf. Dagegen auch diesmal wieder viel Ausstellungen gemacht wurden; so wurde derselbe doch, nachdem die leitenden Kollegen mit Nachdruck auf seine Annahme hinarbeiteten, angenommen. Nummer 10 es an den Unternehmern, durch ihre Zustimmung den Frieden zu sichern. Aber leider, so müßten wir konstatieren, hat die am 20. d. M. tagende Generalfversammlung der Unternehmer dem Vertrag ihre Zustimmung verweigert. Die Schlichter sind nun einmal oben auf und werden es bleiben, bis auch ihnen das Feuer auf den Nägeln brennt, oder die kleineren und demütigeren Unternehmer es einsehen, worauf der Schlichter einigen ihrer „Kollegen“ absteht. Allerdings werden wir ihnen nicht viel Zeit zum Bestimmen lassen. Die Maßzahl der Unternehmer ist schwer im Druck: Peter Stecker bietet die fremdbestimmten Worte aus, von seiner Gesellen wieder hofft zu werden, aber seiner Auftraggeber bietet den Maurern 60 1/2, wenn sie die Arbeiten fertigstellen wollen. Das Bielefelder Baugewerk ist für seine zwei Streikbrecher eine drohende zweite Güte. Herr Gelschweiterte sich nach erfolgter Abänderung mit dem Streikführer: Wir halten fest und treu zusammen; wenn er etwa nach Weisungen dieser Art Zusammenhaltens suchen sollte, so würden wir ihm die Kehle von Goethes „Meinete Fuchs“ empfehlen. Am 22. August ist die Säubigungsfrist überall abgelaufen und hätten dann 450 Kollegen insgesamt ausständig sein. Bei 19 Unternehmern mit 200 Maurern wird weiter gearbeitet. Nun hätten wir noch ein Wort bezüglich der Fernhaltung des Zugugs zu sprechen; manche Kollegen, Verbandsmitglieder, scheinen sich besonders nach den Streikorten hinzuziehen, fast der gesamte Zugug ist organisiert, macht man folchem Spechäger, denn etwas anderes ist nicht, auf seine Ungehörigkeit aufmerksam, so hat er gerade immer die Nummer des „Grundstein“ nicht gelesen, wo die Holz des Streiks drin stand, kann aber nun ohne Besorgnis nicht wieder fort. Für die Zukunft werden wir aber in jedem einzelnen Falle dem Betreffenden das Mitgliedsbuch abnehmen. Den schon abgereisten Kollegen wollen wir raten, auf keinen Fall aber zurückzukehren, ehe nicht im „Grundstein“ die Wendung des Streiks bekannt gegeben wird.

Die Sperrn über den Unternehmer Huppach in Sürde ist aufgehoben, da die Forderungen der Gesellen bewilligt wurden.

Über den Streik in Bielefeld ist folgendes zu berichten: Zur Zeit sind noch etwa 70 Streikende mit 240 Kindern am Orte. Abgereist sind im ganzen 388, davon rund 200 Verheiratete. Bewilligt hatten bisher 13 kleinere Unternehmer, wozu als vierzehnter am 15. August der Unternehmer Prior, der an der Demoblerstraße einen Doppelbau aufführt und 14 Maurer beschäftigt, hinzugekommen ist. Die Streikbrecher haben sich um einige vermehrt, so daß jetzt inklusive Polizei 180 zu bezehnden sind. Diese Gesellschaft ändert aber wegen ihrer Leistungsfähigkeit an dem immer noch guten Stande des Streiks nichts. In der vorigen Woche hat der Oberstadtschreiber Klarhoff wieder eine neue Sendung Streikbrecher, 15 an der Zahl, von W a u e n i. B. erhalten, so daß er jetzt 34 Mann von dieser edlen Klasse hat: 8 Italiener mit Kolier, 26 Böhmen mit 2 Kollieren und 2 Franzosen. Diese ganze Gesellschaft ist in den Kellerräumen und auf dem Boden des Klarhoff'schen Pfefferstalles untergebracht. Herr Klarhoff ist vor kurzem von seiner Badereise zurückgekehrt, aber sollte er „Arbeitswillige“ gesucht haben? Herr Barsmann, der Techniker des Herrn Klarhoff, der, nebenbei bemerkt, es ganz vorzüglich versteht, die Kisten und Staliener von und zur Arbeitsstätte zu bringen, zeigte nun Herrn Klarhoff, wie weit während seiner Abwesenheit die Arbeiten geblieben sind. Herr Klarhoff machte aber durchaus nicht den Eindruck, als ob er von dem Stande der Dinge begeistert wäre, im Gegenteil, sein ganzes Benehmen ließ darauf schließen, daß er im höchsten Grade unzufrieden war. Na, wie sollte es

dem auch erlaubt sein, wenn er sehen muß, wie gemauert wird: erst halt auf das Mauerwerk und dann mit beiden Händen den Stein hingedrückt, eine Art und Weise, von der er noch nie erbaute, gesehen ist. Am nächsten Tage Herr Machorff, wenn er die besagten Arbeiter der Maurer bewilligte, gab er doch den „Arbeitswilligen“ jetzt auch 50 3 Stundenlohn. Die Arbeiter wußten dann auch nicht für die Art; gesehen. Der Unternehmer Herr Nießtrath hat vom Arbeitgeberverband die Erlaubnis erhalten, die Forderungen der Gesellen zu bewilligen. Da aber diese Erlaubnis nur deshalb gegeben worden ist, um dem Herrn Nießtrath für den Augenblick aus der Patsche zu helfen, so hat die Streikleitung es abgelehnt, ihm Maurer zu überlassen. Alles Gerade, als ob die Auslieferung vorbei wäre, ist nur darauf berechnet, die Maurer und ihre Angehörigen irregulär zu machen. Der Unternehmer Herr Nießtrath hat 15 Italiener erhalten; nähere Angaben, woher sie gekommen sind, fehlen noch. Aber die Mauerarbeiten des Unternehmers J. Reich, in Brackwede ist die Sperrung verhängt.

Aus Herne wird uns geschrieben: Montag, den 16. August, fand für die Maurer der Firma Säger eine Versammlung statt. In derselben wurde im Beisein unseres Gausvorsitzenden und des Vorsitzenden Schürz des Christlichen Verbandes über genannte Firma die Sperrung verhängt. Säger hatte unter anderem zwei Kollegen mit 80 3, zwei mit 88 3 und einen mit 40 3 wfo. entlohnt. Die Stundenlöhne betrug laut Vertrag 48 3, wurden jedoch 60 3. Der Lohn wurde nicht vor Feierabend ausbezahlt, wie es der Vertrag vorsieht. Die Behandlung, hauptsächlich der Mauerarbeiten und derjenigen, die wegen des zu wenig gezahlten Lohnes hinstellt wurden, war dergestalt, daß wir die Worte, die den Kollegen entgegen gesprochen wurden, gar nicht wiedergeben können. Aus diesen Gründen wurde die Sperrung verhängt. Am Dienstag Morgen erschien Herr Meise vom Christlichen Verband, besuchte die Arbeiter und forderte dieselben auf, die Arbeit wieder aufzunehmen. Es wurde keine Unterredung geführt. Sämtliche Mitglieder, 15 an der Zahl, kamen dieser Aufforderung nach. Das Ergebnis der Sperrung war damit besiegelt und auch unsere Mitglieder haben daraufhin die Arbeit wieder aufgenommen. Wenn jetzt Herr Säger am nächsten Sonntag das Spiel von neuem anfängt und die Kollegen noch festlicher behandelt, so haben sich die Maurer bei der Leitung des Christlichen Verbandes zu bedanken.

Die Unternehmer in Bremerhaven sind noch immer auf der Suche nach Streikbrechern, mit welchem Erfolge, — bekannt. Kürzlich begab sich wieder zwei Unternehmer als Werber nach Prag, um dort „arbeitswillige“ Zimmerer zu werben. Da hier 300 Zimmerer von ihren Unternehmern ausgeperrt sind, schien es auch, als sollten die Werbeagenten Glück haben, doch es kam anders. Weder die Werbepreise der beiden Agenten wird unserem Bremerhavener Parteibüro als Prag berichtet: „So fremdlich wurde wohl noch nie ein Streikbrecheragent empfangen und behandelt. Überall kam nur einer, ein gewisser Bubbenberg, Baugeschäftsführer aus Bremerhaven, dem habe ich auch sofort 80 Mann zugesichert. Freitag Abend machte er abermals nach Prag, wo er 40 Bauarbeiter zusammengekommen hatte. Sonntag kam der Bubbenberg wieder nach Prag, und wie er mit berichtete, kam der Transport in Prag nicht zu Stande, was ich sehr bedauerte. Nachmittags kamen aber noch zwei Herren von Bremerhaven an. Am Donnerstag hat uns der Bubbenberg gesagt, wie wir in Bremerhaven gesündigt und gequält werden und zwar damit, daß er gleich Bier und Zigarren bezahle. Schon diese Ausgabe machte über 80 Kronen. Als nun aber die zwei Herren noch kamen, da ging erst die Sauerei los. In einer Stunde mußten sie über 300 Kronen für Bier, Zigarren und unsere Werbearbeit auszahlen. Es sind auch gleich fünfzehn, um das Handwerkszeug (Steine, Schicht, Spült etc.) hinauszunehmen, festgemacht, veranlaßt worden. Es sind sieben große Kisten. Wenn Kameraden in Bremerhaven Gelegenheit haben, die Kisten aufzumachen, so werden sie flamen, was ein böhmischer Zimmermann für Handwerkszeug hat.“ Der Streikbrecheragent war nämlich in das Ausperrungsbüro der Zimmerer gekommen. Am nun dem Agenten die Freunde möglichst lange zu bereiten, spielten die Gemorbenen auch die Komödie weiter. Die sieben Kisten waren bereits erpediert. „Sonntag Abend 7 Uhr 7 Min. sollten wir fortfahren. Wir hatten uns alle auch am Bahnhofe zusammengefunden, aber hatte kein Mangel mitgebracht und zur Einleitung in Prag noch stichtig gestanden, macht 60 Kronen. Es wurden noch alle gezahlt, und siehe da, alle 90 waren am Platz. Der eine von Bremerhaven, ein stichtiger Dieb, wie 90 Fahrkarten. Er sollte ein Vorhängen des Arbeitgeberverbandes, ein Direktor oder sonst eine angesehenere Person sein. Er ist mittelgroß, blond, hat einen Dickbauch, spricht ich wenig bräunlich die Nase und ist ungefähr 40 Jahre alt. Sein Kollage ist ein bißchen größer, schwarz und höchstens 30 Jahre. Als es Zeit zum Einsteigen war, entstand ein Tumult, die Polizei meinte sich ein, dahin fährt der Zug und alle 90 lassen unter brüllendem Hurra den Zug abbampfen. Nun, böhmische Zimmerer haben mal Bier gerunten und Zigarren geraucht, ohne bezahlen zu müssen.“ Die Herren Agenten wurden lange Geschlechter gemacht haben, als sie sich so genaschert haben. Schaben kann ihnen der Meinsfall nicht, wir gönnen ihnen denselben den Herzen.

Der Streik auf Rügen ist Sonntag, den 14. August, nach 20wöchiger Dauer beendet worden, indem das Angebot der Unternehmer, das wir in seinen wesentlichen Punkten in Nr. 84 und 85 veröffentlichten, in einer stark besuchten Versammlung, an der auch der Gausvorsitzende, Kollege Schauer-Sieckin, teilnahm, mit 42 gegen 55 Stimmen bei drei Stimmentzählungen angenommen wurde.

Den Unternehmern in Ulftam scheint das Feuer schon auf den Nägeln zu brennen. Dies geht daraus hervor, daß sie unter falschen Angaben in auswärtigen Zeitungen die Sperrung nicht nur zu lösen suchen, indem sie schreiben, die Streikkommission hätte sich erboten, die Arbeit in den alten Bedingungen wieder aufzunehmen und wolle auf jede Besserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen durch den Streik verzichten. In dem ganzen Geschreibsel ist kein wahres Wort, sondern der Streik wird mit aller Energie weitergeführt, weshalb auch der Zugang nach wie vor streng fern-

zuhalten ist, und zwar so lange bis der Streik im „Grundstein“ als beendet erklärt worden ist.

Die Lohnkommission hat neuerdings wieder den Versuch unternommen, eine Verhandlung mit den Unternehmern herbeizuführen; auf ein diesbezügliches Schreiben an die Zeitung ist diese Antwort eingegangen:

In den Gefellenauschuss der Maurer.
In der Annuungsversammlung wurde beschlossen, daß eine gemeinschaftliche Verhandlung über die Arbeits- und Lohnverhältnisse bis zum 1. April 1905 nicht nötig ist, da dieses bereits in der Versammlung am 23. März 1904 beschlossen ist.

Die Arbeitgeber sind nicht abgeneigt, die zehnstündige Arbeitszeit vom 1. April 1905 an einzuführen. Es ist bereits beim letzten Zusammentreffen mit dem Gefellenauschuss erwidert worden, daß die zehnstündige Arbeitszeit ein Liebergang sein solle.

Eine gemeinschaftliche Sitzung über Einführung der zehnstündigen Arbeitszeit kann jetzt nicht stattfinden, da dieses mit dem Gefellenauschuss der Maurer und Zimmerer in den Monaten November-Dezember festgelegt werden soll.

Die Gesellen haben darauf geantwortet wie folgt:
In einer am 16. August tagenden Versammlung der hier anwesenden Maurer wurde beschlossen, die Arbeit nicht eher aufzunehmen, bis ein Vertrag zwischen den Meistern und Gesellen vereinbart worden ist. Da nach dem Verhandlungsprotokoll vom 23. März 1904 ein Vertrag von den Vertretern der Maurer nicht anerkannt worden ist, besteht nach Ansicht der Gesellen kein Vertrag zwischen den Meistern und den Gesellen. Da aber die Herren Arbeitgeber in einer Annuungsversammlung beschlossen haben, daß ein Vertrag für dieses Jahr nicht mehr nötig ist, die Herren Arbeitgeber aber nicht abgeneigt seien, die zehnstündige Arbeitszeit für das nächste Jahr anzuführen, die Regelung dieser Angelegenheit aber erst im November beizugehen, so ist die Meinung der Gesellen, daß ein Vertrag, der im November beizugehen soll, im Dezember festgelegt werden soll, auch im August festgelegt werden kann. Auf ein Schreiben von Seiten der Meister lassen sich die Gesellen nicht ein, wobei der Zimmerer Herr Schlier im vorigen Jahre verprochen, für dieses Jahr die zehnstündige Arbeitszeit einzuführen, wogegen Herr Schlier in diesem Jahre in einer Sitzung erklärte, er sei zu der Lieberzeugung gekommen, daß die zehnstündige Arbeitszeit nicht eingeführt werden könne. Auf Grund dessen wurde beschlossen, die Arbeit nicht eher aufzunehmen, bis ein Vertrag zwischen Arbeitgeber und Arbeiter getroffen worden ist. Wie sind aber zu jeder Zeit bereit, mit den Herren Meistern in Unterhandlung zu treten.

Die Straßburger Kollegen haben fast alle in letzter Woche den Ort verlassen und sind anderweitig in Arbeit getreten, doch sind wieder einige Maurer aus den Wohnorten Dörfern durch den Unternehmer Spümann, aus Kaufwasser eingeklept worden. Derselben wurden auf dem Bahnhof von den dort zusammengekommenen Genossen in Empfang genommen, die es den Streikenden nicht gestattet, die Leute, die unter falschen Vorwänden der Unternehmer herangebracht wurden, aufzuführen. Es wäre deshalb wohl angebracht, daß die höheren Beamten die Unterbeamten über die Rechte eines freien Staatsbürgers — zu welchen auch die Straßburger streikenden Maurer gehören — etwas besser informieren, damit unsere Kollegen ihre berechtigten Interessen den Unternehmern gegenüber voll zur Geltung bringen können. Den Zugewogenen will es aber gar nicht recht in Straßburg gefallen, sondern sie wollen wieder fort. Auch die Kollegen aus den ländlichen Gefilden Ostpreussens saßen sich bald als Menschen, die die ständlichen Zumutungen, die man ihnen bietet, nicht recht mehr erdulden können. Ihnen will es auch nicht mehr in den Stubben, die man ihnen als Wohnung bei der schweren Arbeit anbietet, gefallen, sondern sie verlangen eine menschenwürdige Stelle, wo sie Abends ihr müdes Haupt hinlegen können. Auch die ausgebotene Staatsgewalt heimelt ihnen nicht mehr an, sondern sie können sich die Ordnung auch schon ohne behelste und bewaffnete Menschen denken. Daraus werden auch die Straßburger Unternehmer nicht allzu viele Freude an den eingesangenen Streikbrechern haben, sondern auch bald zu der Einsicht kommen müssen, daß es denn doch besser ist, auch in ihrem Interesse, wenn sie die Arbeiter als Menschen ansehen, die das Recht haben, mit ihrer eigenen Schicksal zu bestimmen und dieses nicht allein den Unternehmern überlassen.

In Marienburg sind Donnerstag, den 19. d. M., die hier Kollegen, die wegen der bekannten Meobersaffäre seitdem in Unterdrückung sind, vom Schöffengericht abgeurteilt. Dem Kollegen Sprung aus Königsberg wurden ein Jahr und drei Monate zudisfirt, Baldi erhielt vier Monate, Geng drei Monate und Alb. Lange einen Monat, der durch die Unterdrückung als verhaftet erwidert wurde. Gegen das Urteil ist selbstverständlich Berufung eingelegt worden. Auf dem Bahnhof herrschen Zustände, als ob der Krieg erklärt worden wäre. Der Herr mit dem Genarmen befehlt, die genau abgeben, ob auch Maurer angefahren kommen. Stellen sich welche ein, so werden sie in Empfang genommen und nach den gesperrten Unternehmern geleitet. Auch scheint es, als wenn die Genarmen den besonderen Auftrag erhalten hätten, darauf zu achten, daß kein streikender Maurer mit den Zureitenden in Berührung kommt, denn jeder wird abgewiesen, der sich ihnen nähert. Auf diese Art und Weise ist es dem Unternehmer Müller, der die Kaserne baut, gelungen, einige Maurer zu bekommen, worüber nun ein furchtbares Freiheitsgefühl in der ganzen kapitalistischen Presse angeklammert wird. Diese Maurer sind auf dem Kaserneplatz untergebracht, damit sie nicht den Verdolungen der Streikenden ausgesetzt sind. Ob es aber dem Unternehmer Müller nun begnügt sein wird, für billiges Geld die Kaserne hoch zu bringen — denn das ist der springende Punkt — steht noch auf einem anderen Blatt. Es wird nicht allzu lange dauern, dann werden auch diese „Arbeitswilligen“ wieder aufgelöst sein, und Herr Müller wird wieder über denselben Salzwasser stehen. Die Herren Klein, Bultkowsky und Zärner haben auch noch nicht bewilligt, sondern sie besahen noch immer auf dem alten Standpunkt, daß sie zu bestimmen haben, wie lange gearbeitet werden soll. Da auch sie schon recht viel Mühe und Geld angewendet haben, um Maurer zu bekommen, ist auch hier zu

erwarten, daß doch einmal die Vernunft Regen wird und auch sie die zehnstündige Arbeitszeit als eine vernünftige Forderung anerkennen werden. Denn daß die zehnstündige Arbeitszeit nicht nur in Marienburg, sondern in sämtlichen Orten von Ost- und Westpreußen eingeführt wird, auch selbst dann, wenn die Unternehmer und Vollstänen nicht haben wollen, das sieht fast; daran werden alle Machtmittel nichts ändern, sondern nur die Maurer zu Klassenbewußten und kampfbereiten Menschen machen, was ohne Hilfe der Polizei und Unternehmer noch recht lange gebauert hätte.

In Detmold und Umgebung befinden sich die Maurer seit Montag, den 16. d. M., im Streik. Von zehn Unternehmern, die in Betracht kommen, haben drei bereits die Forderungen anerkannt, so daß zu erwarten ist, daß die übrigen, wenn der Zugang ferngehalten wird, bald folgen werden.

Der Kampf in Oberhausen a. d. Ruhr dauert unbedeutend fort. Geperzt sind folgende Unternehmer: G. Gehring, G. Kemp, E. Gatterdam, S. Remmer, B. Dörge, C. West, F. Bahmann, W. G. Hoffstadt. Durch Beschluß der Unternehmer wurden die Kollegen bei folgenden Unternehmern ausgeperrt: J. Heilmeyer, Gebr. Müller, Gebr. Sander, F. Brüggemann, F. Döhring. Bewilligt haben: J. Frochmeyer & Co., S. Grene, D. Güling aus Düsseldorf. Die Unternehmer versuchen mit allen Mitteln, Streikbrecher nach hier zu importieren. Der Unternehmer Sander holte in Emmerich Holländer von der Baustelle fort, bezahlte denselben das Jahrgeld nach hier, um sie auf den gesperrten Bauten als Streikbrecher zu verwenden. Nachdem dieselben unversehrt genügend aufgelistet waren, zogen sie es vor, wieder abzuwandern. Glück haben die Unternehmer mit den auswärtigen Streikbrechern bisher nicht gehabt. Im übrigen behandeln die Unternehmer Gebr. Sander ihre Streikbrecher derartig „human“, daß sie es vorziehen, diesen schlagfertigen Herren lieber den Mühen zuzusehen. Der Unternehmer W. G. Hoffstadt droht unsere Streikposten sogar mit dem Revolver. Auch diesem Herrn, der ja in Düsseldorf und Umgebung als Revolverheld sehr gut bekannt ist, wird das Handwerk noch gelegt werden. Bis jetzt ist der Stand des Streiks günstig und wenn der Zugang zurückgehalten wird, so muß der Sieg auf unserer Seite sein.

Im Lohnbezirk Alt-Damm sind geperzt die Unternehmer A. Niemann & Co. und G. Bogelung in Hohenort. Die Sperrung über das Baugeschäft C. Sidde ist aufgehoben, da die Forderungen der Gesellen anerkannt wurden.

Aus Caternberg wird uns geschrieben: Sonntag, d. 21. d. Mts., fand hier eine öffentliche, bejubelte Maurerversammlung statt. Kollege Lühring aus Essen gab folgendes bekannt: Nachdem im Frühjahr d. J. ein Kolnariff an die Unternehmer hierher eingereicht worden war, auf den jedoch von Seiten der Unternehmer keine Antwort erfolgte, wurde am vorigen Sonntage in einer Versammlung einstimmig der Beschluß gefaßt, eiliche Unternehmer zu sperren, was auch geschah. Es wurden in Wotthausen geperzt die Unternehmer Stecker & Bögel, Raubrock, Galle, Nunte und Sebald, in Caternberg der Unternehmer Niemann. In dieser Woche haben nun die Unternehmer eingesehen, daß wir es mit unserer Lohnforderung wirklich ernst meinen. Sie suchten sofort „Arbeitswillige“ heranzuziehen, was ihnen aber bis jetzt nicht gelang. Es wurde noch das Borgehen seitens der Polizeibehörde stark kritisiert. Sie sollte eben wieder einmal den Unternehmern aus der Patsche helfen, indem sie eine Kolonne Galtzier in ihrer Wohnung aufstufte und sie aufforderte, in Arbeit zu gehen, was diese jedoch ablehnten.

Obgleich der Streik in Königsberg nun schon 21 Wochen dauert, haben die Kollegen immer noch ihren alten Optimismus bewahrt. Aus den Reihen der Streikenden ist bis auf einige zweifelhafte Elemente noch keiner gewichen. Alle haben heute noch unentwegt da, so daß die Unternehmer jetzt selbst eingeschüchelt, daß es besser gewesen wäre, es wäre nicht zu einem Kampfe gekommen, sondern man hätte sich geeinigt. Auch möchten sie gerne den Lohn zahlen, nur können sie den Weg noch nicht finden, wie dieses am besten zu bewerkeln ist. Da aber die Gesellen von Anfang an und auch schon vor dem Streik eine friedliche Absicht bekundeten, so werden ihnen auch jetzt noch die Gesellen eine goldene Brücke bauen, damit sie aus der unangenehmen Situation herauskommen können, wenn nur der gute Wille bei den Herren vorhanden ist. An ein Niederrinken haben die Arbeiter nie gedacht; diese Idee ist ein Produkt der Unternehmer. Den Arbeitern ist es nur um die Verbesserung ihrer wirtschaftlichen Lage zu tun. Deshalb ist es sehr gut möglich, durch einen vernünftigen Vergleich den Kampf zu beenden. Dieses sehen auch jetzt schon eine ganze Anzahl Unternehmer ein. Auch die großen Unternehmer haben die jetzige Situation fast. Eine große Anzahl Bauten ist jetzt abgeschlossen, aber leider fehlt es immer an Maurern; andere Bauten sollen zum 1. Oktober bezogen werden, trotzdem der Ruh noch lange nicht fertig gestellt ist. An diesen Bauten ist noch nicht einmal das Gerüst aufgestellt, geschweige noch der Putz fertig. Die Bauherren arbeiten nach immer nach demselben Muster. Streikpostenteiler ist nach Ansicht des Regierungspräsidenten nicht erlaubt, wie die Antwort erkennen läßt, die er auf eine Beschwerde der Streikkommission gegen den Polizeipräsidenten erteilt hat und wie folgt lautet:

Der Königl. Königsberg, 5. August 1904.
Regierungspräsident
Nr. 6565 P. VI B.

Auf die Eingabe vom 8. und 24. Juni erwidere ich, daß ich nach eingehender Prüfung der Sache und Rechtslage keine Veranlassung sehe, in die vom Herrn Polizeipräsidenten zur Aufrechterhaltung der Straßenordnung getroffenen Maßnahmen, vom Aufstichswegen eingegriffen, zumal die bisher freigesprochenen Erkenntnisse des hiesigen Schöffengerichts sämtlich durch Rechtsmittel angefochten werden, aber welche die richterliche Entscheidung abzuwarten bleibt. Sie stelle anheim, den Müntermeister dieser Eingabe von dieser Entscheidung in Kenntnis zu setzen. Gs.: B. d. d. r.

Un dem Maurer Herrn Gerlach. Hier.
Trotz der scharfen Polizeimachtregeln ist es den Maurern möglich gewesen, mit allem Nachdruck den Kampf zu führen, so daß die Situation im großen Ganzen als sehr günstig für die Gesellen zu bezeichnen ist. In der letzten Woche sind wieder über 80 Kollegen abgeperzt. Da aber an verschiedenen Orten Arbeit wieder fertig geworden, sind auch einige wieder hinzugekommen, so daß die Zahl der Streikenden wenig abgenommen hat. Auch die Zahl der vor einigen Wochen aus der Provinz ziemlich stark war,

wieder vollständig aufgehört, so daß man sagen kann, daß auch die Kollegen im ganzen Osten mit Interesse den Streit verfolgen, sonst hätten die Kollegen der Unternehmer nach Streikbrechern schon mehr Erfolg gezeitigt. Wenn die Kollegen noch weiter so auf dem Boden sind, dann wird der Kampf bald sein Ende erreichen.

In Mathenow wird auf beiden Seiten mit der größten Vehemenz weitergeklämpft. Die Unternehmer sind bemüht, eine Akkordmauerkolonne, sogenannte Berliner, heranzuziehen, die bis jetzt aber noch ausgeblieben ist. Sollten diese Mauerer aber wirklich eintreffen, so sind wir im voraus überzeugt, daß die Unternehmer mit diesen dieselben trüben Erfahrungen machen werden, wie sie die Unternehmer in so vielen anderen Orten schon gemacht haben. Zumehrst müden unsere Unternehmer die Frauen eines von ihnen in so leichtfertiger Weise heranzuschleppen. Streiks nach allen Seiten hin gründlich durchzuführen, dieselben lernen sie daraus die richtigen Konsequenzen für die Zukunft ziehen. Wir werden alles daran setzen, um dafür zu sorgen, daß ihr Schicksal so groß wie möglich werde.

Der Streik in Lissa mußte am 14. August aufgehoben werden, da seine Weiterführung wegen der vielen Streikbrecher, die aus den Reihen der Streikenden selbst entstanden, nicht möglich war. Die Ausschüttigkeit beruht, die die Arbeit zu den alten Bedingungen wieder aufnehmen und damit den Streik illusorisch machen, ist angesichts der großartig guten Konjunktur, die in Lissa zur Zeit vorhanden ist, recht bedauerlich. Die Unternehmer sind so jetzt wieder oben auf und werden ihre Macht die Stellen schon fühlen lassen, wie sie dies im vorigen Jahre auch taten, als sie den Stundenlohn von 34. 4 auf 27 und 28 3 herabsetzten. Diejenigen, die jetzt wegen des Streikdrucks von den Unternehmern wie die kleinen Kinder behandelt werden, werden, wenn wir erst ein paar Monate weiter sind, den wohlverdienten Fußtritt schon erhalten. Wenn sie dann von ihren früheren Kollegen mit Verachtung zurückgewiesen werden, so brauchen sie sich nicht zu beklagen, sie ernten nur, was sie gesät haben.

Die Ausschüttung in Fort K. b. S. dauert ununterbrochen fort. Die Unternehmer verlangen jetzt, mit Hilfe der Polizei Mauerer aus den unliegenden Dörfern heranzuschleppen, indem ihnen ein Stundenlohn von 40 3 versprochen wird, während die Ausschüttung nach Wiederaufnahme der Arbeit nur 35 3 erhalten sollen. Es gibt auch einige, die auf diese Hoffnungen ansetzen; es sind aber in der Regel solche Leute, die sonst als Mauerer arbeiten. Montag, d. 15. b. M., traf wieder eine Kolonne, bestehend aus sechs Dörfchen, hier ein, die von den hier bereits arbeitenden köhlischen Streikbrechern in Empfang genommen wurde. Als die Streikenden ihnen die Lage am Orte erklären wollten, wurde alle gegen die Arbeiter, nachdem sie einen der Ausschüttigen ein paar Dörfergen appliziert hatten und drangen damit auf die Streikenden ein, so daß diese laut um Hilfe rufen mußten; da jedoch kein Schutzmännchen sich sehen ließ, sahen sich die Angegriffenen genötigt, wollten sie nicht niedergebrosen werden, die Flucht zu ergreifen. Von der Polizei war weit und breit nichts zu sehen, sonst hätte sie wohl die Betroffenen beschützt, indem sie sie wegen Verletzung von Arbeitswilligen eingesperrt hätte, wie das in Preußen-Deutschland ja so allgemein der Brauch ist.

Gau Magdeburg. Die Cnedlitzburger Streikkommissionen haben dem Arbeitgeberverband eine Mitteilung gehen lassen, daß es wohl im heiderseitigen Interesse wäre, wenn auf dem Wege der Verhandlungen ein Ausgleich der widerstrebenden Interessen herbeigeführt würde. Die Herren haben daraufhin mitgeteilt, daß der Arbeitgeberverband der Arbeit zu den von ihnen festgesetzten Bedingungen nichts im Wege stünde. Daran denken ja nun die Streikenden auf keinen Fall, haben aber in ihrer letzten Versammlung beschlossen, das Gemeinrecht als Einigungsamt anzurufen.

In Tangernünde hat der Arbeitgeberverband dem Vorstände unseres Zweigvereins die Bedingungen nimmere schrittweise gestellt, unter denen eine Wiederaufnahme der Arbeit erfolgen soll. Demnach sollen eben ausgeschlepte Kollegen 30 3, die besten Gesellen 40 3 und die anderen je nach ihrer Leistung zwischen 30 und 40 3 Stundenlohn erhalten.

Die Mitglieder der Lohnkommission, die vor dem Streit mit den Herren verhandelt und sich dabei nicht die Unterstützung des Arbeitgebers verschaffen konnten, sollen nun für den Streit verantwortlich gemacht werden. Wirklich heißt es in dem Schreiben der Herren: Wir schauen nur sehr, daß ihre Kommission die gerade nicht aus den besten Mauerern Tangernündens bestand, ihre Kollegen von unseren Beurteilungen nicht voll in Kenntnis gesetzt hat.

Sonderbar, daß aber gerade die Kommissionsmitglieder immer den besten Lohn erzielten. War das etwa eine Kränze, die ihnen die menschenfreundlichen Unternehmer dafür zahlten, daß das Gehalt, das sie zahlen mußten, seinen Zweck nicht erfüllte hat?

Was das die Herren jetzt schriftlich geboten haben, hat auch die Kommission bestritten, deswegen kam es zum Streit, und denken nun die Kollegen erst recht nicht daran, ein solches lächerliches Angebot anzunehmen.

In Reich ist es nicht ausgeschlossen, daß es zu ernsthaften Differenzen kommt. Doch ist es diesmal nicht der Arbeitgeberverband, sondern die künftige Bauverwaltung und die Polizei, welche in Terrorismus verfallen.

Überstunden werden nicht gemacht! Bestreiter im Frühjahr die Unternehmer. Sonntagsarbeit, Bild: nicht ihr aber auch unter Euch abschaffen! sagten sie den Gesellen. Kurz der Dringenden Arbeiten würde auch von beiden Seiten torrett gehandelt.

Der Mauerer Franz konnte es aber schließlich nicht mehr ertragen, so ganz mit der alten Gewohnheit zu brechen; er griff wieder zur Sonntagsarbeit und machte Überstunden. Die Kollegen Waz Matho und Ernst Schmidt machten ihn nun mit Recht darauf aufmerksam, daß er nicht richtig handle und mußten deswegen auf Anordnung der Schlaghaus-Bauverwaltung vom Unternehmer entlassen werden.

Bei der Polizei ist dann eine Anzeige erstattet, daß Franz terrorisiert worden sei. Der Polizeikommissar Welle, der daraufhin die Kollegen Matho und Ernst beschuldigt, soll bei dieser Gelegenheit seinem Unwillen darüber Luft gemacht haben, daß es ihnen gelungen sei, wieder in andere Arbeit zu kommen. Sollten die Unternehmer dem Druck von oben Folge leisten und unsere Kollegen in ihrer neuen Arbeitsstelle gehindert werden, so kann es ganz gut noch einen frischen, fröhlichen Rang geben.

Aus Chemnitz wird uns berichtet: Als wir hier in den Lohnkampf eintraten, war es unser Wunsch, den vierteljährlichen Klassenlohn zu bestreiten und an dessen Stelle einen möglichst einheitlichen Lohnsatz zu stellen. Daß wir dies nicht erreicht haben, ist nicht unsere Schuld, sondern die Schuld einer großen Anzahl ergebungsloser und böhmischer Kollegen, die sich von den Unternehmern irreführen ließen, indem sie sich weit machen ließen, daß sie sich bei effizienter Arbeit und 40 bis 42 3 Stundenlohn besser fänden, als bei 36 3 Stunden und 48 3. Das trifft jedoch nur während der paar Sommerwochen zu. Unsere Vorhaltungen, daß die Unternehmer den alten Brauch, im Herbst den Stundenlohn zu kürzen, weiterführen würden, wurden anscheinend nicht gehört. Was wir vorausgesetzt haben, trifft schon jetzt ein. Die Unternehmer halten sich schon jetzt nicht mehr an ihre Versprechen, 40 bis 42 3 Stundenlohn zu zahlen, gebunden. Einer nach dem anderen fängt schon wieder an, abzuziehen, so daß wir jetzt wieder elf Lohnklassen haben. Unter den betroffenen 40 bis 42 3 werden 30, 38, 36 und 35 3 gezahlt. Von den Unternehmern, die solchen zu neuen Bedingungen gearbeitet wird, werden außer den verlangten 48 3 noch 44, 45 und 46 3 gezahlt. Nach der letzten Aufnahme erhalten 26 Kollegen einen Stundenlohn von 48 3, 100 45 3, 47 44 3, 418 48 3, 584 42 3, 291 41 3, 330 40 3, 40 89 3, 62 88 3, 2 36 3 und 4 85 3. Der Durchschnittslohn beträgt demnach 41 3 gegen 38 3 vor der Bewegung. Demzufolge ist immerhin eine durchschnittliche Lohnsteigerung von 8 3 zu verzeichnen. Daß die Steigerung so gering ist, liegt, wie schon gesagt, an dem Verhalten einer sehr großen Anzahl von Kollegen. Bezeichnend ist es, daß diese Ausschüttungen behaupten und uns vorwerfen, wir hätten nichts erreicht, wir hätten nichts geschafft. Glauben viellecht die Kollegen, die Unternehmer hätten eine Lohnsteigerung einzuwirken lassen, wenn eine Bewegung nicht vorhanden gewesen wäre?

Gau Oberschlesien. In Kattowitz hat von den zwei bis jetzt gestreikten Unternehmern einer bewilligt, so daß jetzt im ganzen hier die Forderungen anerkannt haben. Herrn Formitzki, bei dem die Bauten vier Wochen gesperrt sind, ist es am Montag und Dienstag voriger Woche gelungen, zwei Kastenwagen voll Streikbrecher zu bekommen, wobei er die Hälfte behalten hat. Selbstverständlich ging es auch hier ohne Verhandlungen der Streikenden wieder nicht ab. Besonders hervorzuheben ist, um die Interessen des Herrn Formitzki zu wahren, ist der Kollegienrat Nr. 4 in Kattowitz und zwar so, daß man sich oftmals die Frage vorlegen muß, ob denn dieser Beamte noch im Solde der Streikenden oder des Herrn Formitzki stehen mag.

Die Sperrung der Formitzki mußte vorläufig als ausstufeltes aufgehoben werden. Schuld daran sind nur unsere oberflächlichen Kollegen, die trotz der brutalen Behandlung, der niedrigen Löhne und langen Arbeitszeit, die ihnen seitens der Arbeitgeber wieder aufgebrochen wird, immer wieder den Streikbrechern helfen. Nicht unsere Mitglieder sind es hier, mehr als bisher in ihren Heimatorten auf die inbetrachteten Kollegen einzuwirken.

Auch der Streik in Zabrze ist in ein neues Stadium getreten. Die Unternehmer bewilligt hatten, haben ihr Wort gebrochen, nachdem am Freitag, den 12. b. M., die Oberaufsicht des Reichs in Zabrze geteilt waren und es dabei fertig gemacht hatten, den Fabrikar Interessenten das rote Sperrnetz an die Wand zu malen und vor dem Zentralverband der Mauerer und dessen Lohnkommissionen auszufüllen zu machen. Simon räumte sich sogar, daß er nachdem er Mitglied des Arbeitgeberverbandes geworden sei, bei einer Sperrung pro Tag und Kopf 3 Unterstützung bekomme. Die Mauerer von Zabrze wünschen aber, daß Herr Simon die 3 von seinem Verbande recht lange und auch recht oft, wenn möglich hier, bis fünfmal in einem Jahre, in Anspruch nehmen möge, und zwar so lange, bis es Herrn Simon — der ja auch ein Ehrenmann sein will — leid wird, sein durch Unterdruck gegebenes Ehrenwort gebrochen zu haben. Auch seinen übrigen Herren Kollegen wird es in diesem sowie im nächsten Jahre noch manchmal unangenehm aufstoßen, denn für eine kleine Abwechslung für die Zukunft ist gesorgt worden.

Auch nach Zabrze sind am Montag und Dienstag annähernd 100 Streikbrecher gekommen; das ist bezeichnend für die oberflächlichen Mauerer, daß sie wegen der schönen Augen eines Kolters, damit dieser nur zu seinen 6 bis 8 3 7 Lohn pro Tag kommt, immer wieder die gestreikten Bauten verlassen und dabei gar nicht berücksichtigen, daß die Mauerer selbst nur den Schaden davon haben.

Die Münchener Mauererbewegung seit dem Jahre 1872 und ihre in letzter Zeit geführten Kämpfe.

Engelichts der kürzlich abgeschlossenen Lohnbewegung der Mauerer Münchens herab ist es sich wohl, einer Mißbilligung auf die Entstehung und Entwicklung der Münchener Mauererbewegung im allgemeinen zu werfen.

Es hat im Jahre 1872. Der französische Militärbesatz war auch für München nicht ohne Wirkung geblieben. Dieser machte sich der wirtschaftliche Aufschwung in erster Linie dadurch bemerkbar, daß die Wohnungs- und Lebensmittelpreise ganz bedeutend stiegen, während eine merkliche Besserung der Lohnverhältnisse im Baugewerbe nicht zu verzeichnen war.

Der gewöhnliche Lohn für Mauerer betrug im Frühjahr 1872 fl. 1,15 — 2,40. Die Baukonjunktur war gut, es war eine bedeutende Nachfrage nach tüchtigen Mauerern vorhanden.

Einige Kollegen fanden sich zusammen und betrieben über Gründung einer Organisation.

Es wurde ein Fachverein gegründet und es gelang auch in kurzer Zeit fast sämtliche Mauerer Münchens zu organisieren. Nun ging es an die Lohnbewegung. Gefordert wurde: 1. die vollständige Arbeitszeit, 2. ein Mindestlohn von fl. 1,45 — 3. Einführung der Vork- und Nachmittagsruhe. Bei der Lohnbewegung betrug die Arbeitszeit regelmäßig bis zwölf Stunden; eine Vorkzeit oder Vesperpause konnte man nicht.

Während so wenige Tagen konnte der Fachverein auf einen vollen Erfolg zurückblicken. Nur bei ganz wenigen Unternehmern wurde eine Arbeitszeit eingeführt, wobei die Mauerer beträchtlich, muß noch heute angestanden werden,

daß die Unternehmer von damals richtig kalkulierten und zwei Fliegen in einer Klappe schlugen. — Erstens blieben die Herren von den Schädigungen einer lang andauernden Lohnbewegung verschont, und zweitens war dadurch der Mauererorganisation, die ja gemeint aus Mistruten ohne genügende Mitglieder und politische und gewerkschaftliche Schulung bestand, das Wasser abgegraben.

Der Lohn für Mauerer stieg jedoch im gleichen Jahre noch auf fl. 2,12 — 8,80. Nun glaubten die Mauerer, alles erreicht zu haben; das Interesse für die Bewegung war verschwunden, in hellen Scharen verließen die Mauerer die siegreiche Fahne. Die damalige Ueberzeugungstreue der großen Masse spiegelte sich am besten darin wieder, daß sich bereits 1876 der Fachverein auflöste und dafür ein Krankenunterstützungsverein gegründet wurde, der noch heute begetet.

Doch die Interesslosigkeit der Mauerer sollte sich bitter rächen. Eine Organisation war nicht mehr vorhanden, so waren die Unternehmer wieder „Herr im Hause“. In wohlüberlegter Weise wurde von dem „wohlwollenden“ Unternehmertum der Stundenlohn eingeführt, um den Mauerern die Lohnbewegung mundgerecht zu machen. Die Löhne wurden ohne Widerpruch der Mauerer auf 24, ja sogar auf 28 3 pro Stunde herabgedrückt. Ende der siebziger Jahre entwickelte sich in München eine neue Sumpfpflanze, Kaufmännler genannt, die sich die Organisations- und Interesslosigkeit der Mauerer zu nütze machte.

Im damaligen „Rechtswinkel“ entstanden ganze Häuserreihen; hergestellt um den billigen Arbeitslohn und abgegeben zu dem höchsten Marktpreis. Die Gerichtigkeit dauerte jedoch nicht lange. Infolge Ueberproduktion kam es zum Sturz; die Herren Geschäftswölfler „arbeiten“ in niedrigen Post; München stand unter dem Zeichen der Krise.

Erst im Jahre 1883 machte sich auch in München eine Besserung der wirtschaftlichen Verhältnisse bemerkbar. Von 1886—1889 herrschte sehr hohe Bauaktivität, die von „Kaufmännern“ und Kaufmännern in ausgiebigster Weise benutzt wurde, sich den Geldsäckel zu füllen und aus der Haut der Arbeiter Nerven zu schneiden.

Die Organisation der Mauerer war gleich Null. Bann hatte sich 1883, nach achtjähriger Ruhepause, durch die Tätigkeit einiger Kollegen wieder ein Fachverein gegründet. Derselbe existierte vier Jahre lang, ohne etwas unternehmen zu können, denn die Mitgliederzahl war zu gering.

Am 11. März 1887 berief der Verein der Brüder des Sozialistengesetzes. Der berüchtigte Kollegienkommissar Michael Gehret demagogisierte den Verein als politisch, worauf die Masse mit 165, die Geschäftswölfler, Vereinszelten und sonstige Unflinten konfisziert und letztere um einen Schandpreis vertrieben wurden.

Der Verein wurde auf Grund dieses leider nicht richtig zu bezeichnenden Gesetzes aufgelöst und das erweiterte Vereinsvermögen erst im Jahre 1893 auf wiederholte Reklamation im Betrage von circa 100 an den Kollegen Göhrensberger zurückverleitet.

Die Mauerer Münchens waren von 1887 bis 1890 wieder ohne Organisation.

Am 24. März 1890 kam Kollege Albert Paul aus Hannover nach München und referierte in einer schwach besuchten Versammlung im „Brauhaus“.

Es wurde nach ziemlich starken Geburtswehen das dritte Kind geboren und erhielt den Namen: „Bund der Mauerer Münchens und Umgebung“. Aktionsfähig wurde der Bund leider nicht, und zwar infolge chronischen Mitglieder mangels, trotzdem in demselben nur ein Monatsbeitrag von 20 3 zu entrichten war. Der Bund begierete bis 15. April 1894, wo in einer Versammlung mit schwacher Majorität beschlossen wurde, denselben aufzulösen und sich dem 1891 gegründeten Zentralverband der Mauerer Deutschlands anzuschließen. Leider waren es nur sehr wenige, die diesem Beschlusse folgten, die meisten Kollegen wurden abtrünnig; auch die bisher leitenden Kollegen gingen sich in den Schmollwinkel zurück, von wo dieselben erst nach längerer Zeit herbeigeholt werden konnten. So war nun eine Zahlstelle des Deutschen Mauererverbandes gegründet. Wer aber glaubte, daß nun Ordnung und ein richtiger Zug in die Bewegung gekommen sei, der fühlte sich später bitter enttäuscht. In dem bisher herrschenden, fast unüberwindlichen Indifferentismus kam nun ein zweites Hindernis: blinder Partikularismus. Die indifferente Masse war nun um eine Ausrede nicht mehr verlegen: „Wir könnten uns tappig zahlen und ihr schützt das Geld nach Norddeutschland“. Dies war die geistreiche Erwiderung, welche man täglich duzendmal zu hören bekommen konnte. Ein zweiter sehr bedauerlicher Umstand war zu verzeichnen: In der Organisation selbst herrschte anstatt Einigkeit und Kollegialität nur Erbitterung und gegenseitiger Kampf. Auf der einen Seite die gemäßigten Richtung, selbst noch in den Forderungen der Gewerkschaftsbewegung stehend, auf der anderen Seite die extremen, anarchisch angehauchten Elemente, welche letztere durch Ueberreibungen und persönliche Reibereien ein Zusammenarbeiten fast unmöglich machten. So kam das Jahr 1896. Man wurde sich dabei einig, in eine Lohnbewegung einzutreten, um erstens die Gegensätze in der Organisation selbst zu überbrücken, zweitens die indifferenten Kollegen für die Organisation zu gewinnen und drittens eventuell Vorteile für die Mauererschaft zu erlangen. Die Bewegung verlief, wie vorauszusetzen war, im Grunde und geht den circa 100 ungetauenen Mitgliedern verließ eine unendliche ebenso große Anzahl älterer Mitglieder die Organisation. Im Frühjahr 1897 waren nur noch 57 zahlende Mitglieder zu verzeichnen. Im Laufe des Jahres stieg die Mitgliederzahl auf circa 800. Im Jahre 1898 wurde bei Gelegenheit des Scheiterns der gesamten Bauarbeiterchaft Münchens die Ausschüttung angebrocht. Nun fand auch wenigstens ein Teil der Münchener Mauerer den Weg zur Organisation. Es waren 1300 Mitglieder zu verzeichnen. Die Ausschüttung entpuppte sich als ein schöner Traum der Unternehmer. Der Scheiternzeit wurde siegreich zu Ende geführt. Leider ging es nun auch mit der Mauererbewegung wieder abwärts. Die nun aufgenommenen Mitglieder glauben, nachdem nun „Gesfahr vorüber“ gemeldet sei, daß sie nicht mehr für den Verband und der Verband nicht mehr für sie nötig wäre. Die Organisation ging wieder den Streikgang, so daß am Jahresabschluss 1901 nur mehr 333 Mitglieder vorhanden waren. Den Münchener leitenden Kollegen, wie auch dem Verbandsvorstande war es klar, daß es nicht so

fortgehen könne, sondern daß Mittel und Wege gesucht werden müßten, die Mündiger Kollegen zur Organisation zu erziehen und in Mündigen gesunde Organisationsverhältnisse zu schaffen. Am 24. Mai 1902 kam der Verbandsvorstande Bömelburg nach Münden und machte den Vorschlag, für Südbauern einen besoldeten Beamten anzustellen, um die Agitation in Südbauern, speziell aber auch in Mündigen, in geregelter Weise betreiben zu können. Auf Vorschlag Bömelburgs wurde in der erweiterten Ausschüßung, sowie in der Tags darauf abgehaltenen zur besuchten Mitgliederversammlung, in der Bömelburg referierte, Kollege Carl einstimmig auf diesen Posten gewählt. Nun galt es, die richtige Agitationsform zu finden. Große öffentliche Versammlungen führten keineswegs zum Ziele. Je mehr Versammlungen, desto geringer war die Zahl der Besucher. Auch die Hausagitation wurde wiederholt versucht, sie zeigte jedoch nur sehr minimale Erfolge. Es blieb keine anderer Ausweg, als durch Baudenversammlungen die Kollegen für die Organisation zu gewinnen. Keine Mühe wurde gescheut, Mittags oder während der Vesperpause wurden die Handzettel auf den Bauten verteilt. Umends 6 Uhr fand die Versammlung in der dem Bau nächstgelegenen Wirtschaft statt. Die Erfolge blieben nicht aus; langsam, aber stetig wuchs die Mitgliederzahl. Bei Jahresfestlich 1901 zählte die Organisation 332 Mitglieder, darunter eine große Anzahl Vertragsknechtstänzliger. Bei Jahresfestlich 1902 zählte der Zweigverein bereits 480 geladene Mitglieder. 1903: 1060, 1904: erstes Quartal 1200, zweites Quartal 2145, zur Zeit 2500. Nun füllte sich die Organisation bereits fast genug, um wenigstens die größten Mißstände zu beseitigen. Darum brauchte die Zeitung nicht lange zu sein, vielleicht einen „unerschöpflichen“ Unternehmer anzugreifen. Die Ausbeutungsart und die dadurch bedingten Mißstände auf allen Mündiger Bauten waren derart ausgeprägter Natur, daß, wenn nicht taktische Gründe dagegen gesprochen hätten, es als Notwendigkeit hätte gelten müssen, sämtliche Unternehmern den Krieg zu erklären. Bereits Ende Mai setzte die Bewegung ein. (Schluß folgt.)

Gekanntmachung des Verbandsvorstandes.

„Grundstein“-Bestellung.

Die Zweigvereinsordnungen werden darauf aufmerksam gemacht, daß Ab- und Zubestellungen sowie Abwesenverordnungen spätestens bis Dienstags früh in Händen der Expedition sein müssen.

Kalender.

Der Vorstand hat beschlossen, erstmalig einen Taschenkalender (Kalender des Centralverbandes der Maurer) für das Jahr 1905 herauszugeben. Der Kalender wird inhaltlich neben dem üblichen Kalendarium, Papier für Notizen, mit kurzen Abhandlungen und Statistiken über unsere Organisation, das Baugewerbe, das Rechtsleben usw. in reichem Maße und auch im äußeren geschmackvoll und solid ausgestattet.

Der Kalender befindet sich im Druck und kann vom 15. September an bestellt werden. Der Preis stellt sich auf 50 A pro Exemplar. Bestellungen müssen sofort gemacht werden.

Die Statistik

Über die Lohn- und Arbeitsverhältnisse, welche in der Woche vom 7. bis 13. d. M. aufzunehmen war, ist bis jetzt erst von wenig Zweigvereinen eingelangt. Wir ersuchen bringen um Einbringung bis Sonntag, den 28. d. M.

Vom Verbandsvorstande bestätigt

sind die neuergewählten Vorstandmitglieder der Zweigvereine Lönbern, Bau, Gumbinnen, Mühlhausen i. Th., Schmellingen, Hohenwerder, Amberg, Geseke, Obhausen, Rendsburg, Weimar, Rabensburg, Zeßlin, Hammelfall, Bögen, Stendal.

Als verloren gemeldet

wurden die Mitgliedsbücher der Kollegen Leonh. Schönmachers-Gln a. M. (Buch-Nr. 61 198), Joh. Engel-Gln a. M. (216 482), Aug. Wader-Gln a. M. (216 681), Emil Gerner-Dresden (18 502), F. S. Wilhelm-Frankfurt a. M. (20 626), Oskar Schwarze-Leipzig (37 784), Wilh. Böhls-Berleberg (182 641), Joh. Kott-Dorlmund (64 698), Joh. Romat-Gemnitz (229 606), Th. Wabatz-Duisburg (64 999), Gust. Strande-Großenhain (74 866), Gust. Bettmann-Gummersdorf (239 001), Fritz Vri-Dunzlau (67 429), Aug. Hoppe-Breslau (17 667), Herm. Schmidt-Strasberg (148 467).

Ausgeschlossen

sind auf Grund § 36 b des Statuts vom Zweigverein **Mülhausen:** Albert Köhlig (Buch-Nr. 50 929); **Mücheln:** Paul Rait (57 271), Otto Bariel (57 281); **Gagen i. W.:** Leo Weber (76 161); **Neckernünde:** Ludwig Wölkhoff (105 146); **Richard Nuthaus (161 121), Albert Gant (181 122);** **Witzgen:** Paul Meier (17 038), Josef Stollner (173 557); **Obenbun:** Franz Rötter (179 268); **Süßelberg:** Josef Böhm (65 297); **Spremberg:** Adolf Hoyerhoff (101 952); **Wolfs:** Gottfried Schäfer (88 881), Waldwin Senitz (281 707); **Greifelt:** Hubert Busch (154 816); **Gammelshausen:** Wilhelm Rodow (76 776), Wilhelm Radow (76 748); **vom Verbandsvorstand:** Carl Rade aus Belgien, beschäftigt in Leipzig (62 800), Richard Bergold in Eisenberg (178 287).

NB. Die Namen derjenigen Kollegen, welche wegen rückständiger Beiträge ausgeschlossen sind, werden unter dieser Rubrik nicht bekannt gegeben.

Aufgefordert.

Ihren Verpflichtungen nachzukommen werden vom Zweigverein **Jena a. Gustaf Ruff (Buch-Nr. 79 090);** vom Zweigverein **Coblenz a. Josef Bachinger aus Gölzberg-Neuenberg (59 774).** Der Kollege **Heinrich Köpferich (Buch-Nr. 46 298)** wird

aufgefordert, dem Kollegen **B. Gerloff** sein Verbandsbuch (46 434) zuzusenden.

Der Kollege **Karl Ahrens** aus Wangenheim, am 18. Juli b. S. von Bremen abgereist, wird aufgefordert, umgehend seine Adresse an den Vorstand des Zweigvereins Bremen einzufenden.

Kollegen, denen der Aufenthalt der Genannten bekannt ist, ersuchen wir, den betreffenden Zweigvereinsvorständen oder uns doch umgehend Mitteilung zu machen.

Um Angabe ihrer Adresse

ersucht der Zweigverein **Barmer-Gieseler** die Kollegen **Bau Hirschfeld**, geb. am 12. September 1873 zu Hombsdorf (Buch-Nr. 65 121), und **Wastika Taban**, geb. am 15. Oktober 1875 zu Andries in Italien (62 170).

Beide Kollegen sollen in einer Liste als Entlassungszeugen benommen werden.

Sterbegeld

wurde in der Zeit vom 15. bis 20. August an nachfolgende Kollegen resp. deren Frauen ausgezahlt:

- Anton Schmeerer-Sträßburg i. Elsaß, (Buch-Nr. 124 041);
- Wilh. Eggers-Samburg (Frau), 79 709; Fritz Schumann-Samburg (Frau), 27 874; Gust. Witte-Beilich, 88 144; Karl Goldelius-Landsberg a. b. M., 83 278; F. S. Köhler-Dresden, 144 942; Mich. Häpflin-Dresden, 19 931; Mich. Pfeiffer-Biegmitz, 83 267; Theod. Franck-Stemberg (Frau), 169 721; Chr. Michler-Frankfurt a. M., 20 173; Aug. Lorenz-Frankfurt a. M. (Frau), 20 413; Louis Schau-Jena (Frau), 79 053; Wilh. Hampel-Breslau, 108 688; Otto Harms-Babna, 37 157; F. S. Reubers-Dresden (Frau), 184 344; Chr. Gerbers-Gln, 60 939; Aug. Gübner-Frechen (Frau), 69 701; Karl Witte-Wilhelmsbaben (Frau), 107 436.

Die Anweisung zur Auszahlung des Sterbegeldes erfolgt nur nach Einlegung der Mitgliedsbücher des betreffenden Mitgliedes und der Sterbeurkunde desselben resp. seiner Ehefrau sowie nach Angabe des Alters und der Todesursache des oder der Verstorbenen. Beim Sterbefalle des Mitgliedes ist auch mitzuteilen, wer Anspruch auf Sterbegeld erhebt.

Der Verbandsvorstand.

Am 16. bis 22. August 1904 sind folgende Beiträge bei der Hauptkasse eingegangen:

Hauptkasse.

- Von den Zweigvereinen Geldsummen M. 1000, Gummersdorf 408,66, Mühlrot 200, Delitzsch 200, Hühls i. M. 100, Waren 90, Stargard i. M. 80, Jagenow 15, Samburg und Umgegend 829,79, Nürnberg 600, Grimma 100, Böhls 30, Zinten 2,50, Samburg 354,30, Caputh 200, Fienburg 200, Dörsch 50, Mühlensberg 50, Mülow in Pommen 200, Cottbus (Schulden von E. Schulz) 10, Salla a. b. S. 2000, Braunschw. 700, Berleberg 200, Meichenbach im Vogtland 200, Strausberg 100, Regau 50, Cottbus (dabei sind M. 53,50 alte Schulden) 480, Erfurt und Umgegend 200, Barmer-Gieseler 400, Wittenberg (Regist. Salla) 800, Wehmen 50,57, Wehlau 43,56, Calbe 9,50, Sandersheim 83,40, Friedrichshafen 45,50, Emden 137,50, Goslar 17,23, Fährtenwalde 200, Münden und Umgegend 1600, Hannover und Umgegend 1600, Gaffel und Umgegend 1000, Eßen a. b. M. 800, Stutgart 300, Merseburg 200, Hamm i. Th. 150, Golsmünden, von Hingebänder-Streitunterstützung zurückgezahlt 142,66, Stendal 100, Kröppeln 80, Vorchdorf i. B. 31,80, Rauen 3,75, Bergedorf 150, Jitzau 150.

Für Futterale.

- Gummersdorf M. 5, Samburg 10, Marienburg i. Westpr. 5, Emden 2,80, Jitzau 10.

Für Futterale.

- S. Ritter, Samburg 5, Wrennestr. 11.

Marken-Versand.

Vom 8. bis 21. August sind Marken versandt worden (E = Eintrittsmarken, B = Beitragsmarken, A = Arbeitslosenmarken, K = Kolportagemarken, L = Lokalfondsmarken):

- Annaberg 800 B & 25 A, Arnswalde 400 B & 80, Auenberg 20 E & 50, Amberg 200 B & 35, Angermünde 400 B & 25, Briesg 2000 B & 30 A, 25 E & 50, 50 A & 25, Brithungen 800 B & 30, 50 A & 25, Brühl 800 B & 35, Bamberg 1000 B & 30, 100 B & 50, Barmstedt 50 B & 60, Borchhorst 200 B & 25, 50 A & 25, 50 K & 10, 25 L & 10, Budow 500 B & 40, Biere 400 B & 35, 50 B & 30, 100 L & 10, Brunsbüttelkoog 400 B & 45, Barß 800 B & 30, Hohenwerder 600 B & 30, Braze 100 L & 30, Bonn 2000 B & 45, Bremerhagen 1000 B & 55 A, Caputh 200 B & 55 A, 100 B & 60, Calbe 1000 B & 45, Cels 20 E & 50, Cernawalde 400 B & 25, 600 B & 30, Calsfeld 600 B & 25, 50 E & 50, Cappel 10 000 B & 55, 500 B & 25, 500 A & 25, Coburg 50 E & 50, Colmar i. E. 1000 B & 30, Delmenhorst 1000 B & 55 A, 20 E & 50, 200 A & 25, Derenburg 5 E & 50, Driesen 200 B & 45, 200 B & 40, 400 B & 30, Dahlenwerleben 200 B & 50, 200 B & 30, Dreeß 600 B & 35, 100 B & 25, 10 E & 50, 100 A & 25, Duisburg 4000 B & 50, 4000 B & 45, Sabeln 4000 B & 25, Deutsch Witz 400 B & 25, Darmstadt 2000 B & 45, Eisenberg 800 B & 35 A, Gimsborn 800 B & 60, Eberswalde 1000 B & 45, Ertner 100 B & 50, 100 B & 55, Eßlich 400 B & 30, Frankfurt a. b. O. 2000 B & 40 A, 50 E & 50, Fährh 3000 B & 45, 50 E & 50, 200 A & 25, Freyberg i. E. 1000 B & 35, 50 E & 50, Füllene 600 B & 35, Freyhan 8000 B & 30, 500 A & 25, Fichtenburg 100 B & 55, 50 A & 25, Glatz 30 E & 50 A, Greiz 20 E & 50, Gr.-Schönebeck 10 E & 50, Grünitz 200 B & 35, Grimmen 800 B & 30, Gutz a. b. O. 400 B & 35, 10 E & 50, Guben 2000 B & 35, 50 L & 10, Grünberg i. Elsaß 600 B & 30, Gelsenheim 400 B & 35, 50 L & 10, Glauchau-10 E & 50, Geßfacht 600 B & 45, Gr.-Möden 50 A & 25, Goldberg i. M. 400 B & 35, 20 E & 50, 100 A & 25, Gr.-Werren 200 B & 60, Gelsenkirchen 200 E & 50, 1000 K & 10, Gemündenort 600 B & 50 A, Herzberg 100 B & 25, 50 B & 30, Garzha 400 B & 30, 50 E & 50, Galtzberg 3000 B & 50, Gernsdorf i. M. 200 B & 60, Silbesheim 1200 B & 40, Gohndrichen 400 B & 40, 100 B & 30, Gollschau 400 B & 55, Gorneln 1000 B & 40, Gießen 200 B & 25, Gießberg 500 B & 30, 30 E & 50.

Filtterbog 200 B & 25 A, Fietzow 200 B & 50, 10 E & 50, Johannsburg 10 E & 50.

Kattowitz 500 E & 50 A, 200 B & 25, Königsberg in der Neumark 10 E & 50, Krafow 200 B & 35, 50 A & 25, Kellinghufen 400 B & 40, 200 L & 10, Kaiserlautern 200 B & 35, 80 E & 50.

Kinbau 200 B & 40 A, Ködnitz 10 E & 50, Kauf 200 B & 35, 20 E & 50, Kallau 80 B & 25, Bögen 600 B & 40, Kippfah 400 B & 40, 30 E & 50, 100 K & 10, Khdn 10 E & 50, Köbber 20 E & 50, Kögitz 50 E & 50, Köbig in Mecklg. 600 B & 35, 100 A & 25, Köbbede 20 E & 50, Langens 200 B & 25, Launburg a. b. E. 800 B & 40, 10 E & 50, Leipzig 60 000 B & 60, Leischn 400 B & 30.

Meißen 800 B & 25 A; 200 A & 25, Marne 200 B & 40, Mühlenteb 200 B & 60, Mainz 1000 B & 35, 100 E & 50, Märzdorf 100 B & 35, Marienburg 500 B & 30, Mannheim 100 E & 50, 1000 L & 10, Mittenwalde 200 B & 45, Mülow 100 B & 30, 100 E & 50, 100 B & 40, Müllsen 400 B & 30, 600 B & 35, 10 E & 50, Mühlstein a. b. H. 3000 B & 50, Müh 400 B & 40, 50 E & 50, Merseburg 2000 B & 45, 20 E & 50, Merzdorf 50 B & 45, Minden 400 B & 30, Meuselwitz 800 B & 35 A, 100 A & 25, Neudamm 3000 B & 35, 400 B & 40, 400 A & 25, Norden 600 B & 40, Nürnberg 800 E & 50.

Obernitz 600 B & 30 A, 20 E & 50, 20 A & 25, Oßig 400 B & 30, Oßesloe 400 B & 40, 200 B & 60, Oßersleben 200 B & 35, 600 B & 40, 200 A & 25, 200 K & 5, Oßlau 600 B & 40 A, Oßna 600 B & 40, 50 E & 50, 400 A & 25, Oßne 50 E & 50, Penig 400 B & 30, 30 E & 50, Pirna 600 B & 35, Pödelitz 600 B & 45, 100 B & 35, Rensburg 400 B & 45 A, 200 B & 40, Michau 600 B & 35, Hofweitz 25 E & 50, Rehd 400 B & 35, Rosenheim 80 E & 50, 200 B & 25, Mülla 400 B & 30, 100 B & 40, 200 A & 25, Nepper 200 B & 30, 100 A & 25, Niesla 400 B & 30, 50 E & 50, Mühlensberg 1000 B & 30, Stutgart 10 000 B & 49 A, 400 B & 50, Senftenberg 600 B & 35, Saalfeld 200 B & 35, Sülzigen 400 B & 35, Stargard i. M. 400 B & 30, Salsungen 20 E & 50, Schmöleberg 400 B & 30, 20 E & 50, Schöflich 1000 B & 25, Sorau 2000 B & 30, 50 B & 40, 50 E & 50, 100 A & 25, Stavenhagen 200 B & 30, Schmöln 800 B & 35, 100 A & 25, St. Johann 50 E & 50, Stortow 400 B & 35, Straßburg i. Westpr. 800 B & 30, 20 E & 50, Straubung 20 E & 50, Speyer 1000 B & 40, Sengen 15 E & 50.

Tondern 800 B & 45 A, 200 L & 20, Templin 10 E & 50, Treuenbrietzen 800 B & 30, Tschitz 200 E & 50, Wetz 200 B & 30 A, 25 A & 25, 5 E & 50, Wehlau 400 B & 35 A, Wittenberg 1600 B & 40, Wülflis 200 B & 30, Warstein 500 B & 40, 100 E & 50, Wittföhd. 1000 B & 30, Weherland 400 B & 50, Waltersdorf 100 B & 50, 50 B & 65, Witten 1000 B & 40, Wädrich 100 B & 30 A, 100 B & 25, Zoffen 500 B & 40, 50 B & 50, Zellin 4 E & 50, Zohna 200 B & 40, 4 E & 50, Zerbst 1000 B & 40, 5 E & 50, Zwenkau 800 B & 45, 100 A & 25.

Berichte.

In Samburg und Hannover herfür gegenwärtig Arbeitslosigkeit, da die Sommerbauten fertiggestellt und die Herbstbauten noch nicht in Angriff genommen sind. Es wird deshalb gebeten, diese beiden Orte vorläufig mit Bezug zu versehen.

Augsburg. Der hiesige Zweigverein hielt am 7. August seine monatliche Mitgliederversammlung ab, die sehr gut besucht war. Nach Verlesung des letzten Versammlungsprotokolls und des Quartalsberichts, der nur zeigt, daß die Bewegung im Vormärzstreben begriffen ist, sprach Kollege Sam-Augsburg über die am Ort grassierenden Mißstände im Maurergewerbe. Redner rügte auch das teilweise unvollständige Verhalten der Augsburger Kollegen, da einige jedes Solidaritätsgeföhls bar sind. Er wünscht, daß jeder Mißstand auf Bauten folglich der Ortsverwaltung zur Kenntnis gebracht wird, damit man Remedur schaffen kann. Redner führte auch an, daß es der Ortsverwaltung zu Ohren kam, daß die in Augsburg beschäftigten Mündiger Kollegen Affordarbeit in Augsburg übernehmen sollen und zwar bei dem Baumeister Schaumann den Innenputz zu 24 A pro Quadratmeter inklusive Tagelöhner und Eintritt. Der Preis müsse als sehr minimal betrachtet werden. Redner kritisiert das Affordsystem, welches die Kollegialität untergründ und Sob und Zwietracht fäet und protestiert auf das energische dagegen, daß die Mündiger die Arbeitsverhältnisse in Augsburg durch das Affordsystem verschlechtern. Redner appelliert an alle anwesenden Kollegen, mitzuhelfen, daß dieser Mißstand nicht in Augsburg Wurzel fassen kann. Derselben Wunsch schloßen sich auch die nachfolgenden Diskussionsredner an.

Gr.-Ammensleben. In unserer Mitgliederversammlung am 31. Juli gab der Kassierer die von den Redatoren geprüfte und für richtig befundene Abrechnung für das zweite Quartal bekannt; dieselbe wurde genehmigt. Die Mitgliederzahl des hiesigen Zweigvereins beträgt 30, drei davon sind neu eingetretten, wovon zwei jedoch schon früher dem Verbands angehört, und drei Mitglieder haben sich abgemeldet. Müßstände an Wochenbeiträgen waren nicht vorhanden. Einmalige und Ausgabe für die Hauptkasse betragen sich mit M. 137,80. Die Sozialkasse hatte eine Einnahme von M. 67,58, die Ausgabe betrug M. 29,70, so daß ein Bestand von M. 37,88 verbleibt. Hierauf wurde die Affordarbeit besprochen und dem Kollegen Schumann einige Beispiele dafür angeführt, wie durch die Affordarbeit die Löhne gedrückt werden. Den Kollegen wurde aus zur Pflicht gemacht, die Affordarbeit zu meiden und sie aufs entschiedenste zu bekämpfen.

Danzig. Eine am 16. August tagende Mitgliederversammlung des hiesigen Zweigvereins, die von zierla 500 Personen besucht war, nahm Stellung zu der Antwort der Unternehmer auf unsere Hoforderung, die stat an die Lohnkommission gericht, in der hiesigen Tagesblätter veröffentlicht worden war und in der Hauptkasse dahin lautete, daß Verhandlungen mit dem Vorsitzenden des hiesigen Zweigvereins, dem Kollegen Grünhagen, abgelehnt werden. Es solle jedoch, hieß es weiter, ein Tarif mit der Maurerergoenschaft aufgestellt und an der Hand dieser Lohnfunktionell dann der Lohn mit den einzelnen Arbeitnehmern vereinbart werden. Die Wirkung dieser Antwort haben die Herren Schürmader

nicht nicht vorausgesehen, wie in der Versammlung ausgeführt wurde, sonst wären sie nicht so dumm gewesen, uns berathig Wasser auf die Mühle zu liefern. Empört über diese Unternehmung, erklärten einige Kollegen, daß jedoch die Arbeit eingestellt werden müsse. Andere Kollegen rieten jedoch davon ab und empfahlen folgende Resolution: „Die heute am 16. August tagende Mitglieder-Versammlung erklärt, daß es ihr gleichgültig ist, mit wem die Bauinnung Verträge abschließt, wenn sie nicht mit dem Zentralverband verhandelt wird.“ Die 619 Mitglieder des Zentralverbandes erkennen nur die Verträge als bindend für sich an, die von der gewählten Lohnkommission mit den Unternehmern abgeschlossen werden. Ferner ermächtigt die Versammlung die Lohnkommission, nochmals persönlich bei den Unternehmern vorstellig zu werden und falls keine Einigung erfolgt, Arbeits einstellen zu proklamieren; sämtliche Kollegen verpflichten sich, wenn es notwendig werden sollte, die Arbeit so lange ruhen zu lassen, bis unsere Forderung anerkannt ist.“ Mit dieser Resolution erklärten sich dann sämtliche Redner einverstanden und wurde dieselbe einstimmig angenommen. Die vom 7. bis 12. Juni ausgenommene Statistik ergab folgendes Bild: Im Vorkriegsjahr Danzig arbeiteten 1124 Stellen, 90 Kollere und 148 Beirträge. Der Durchschnittslohn betrug 44,1 A. Organisiert waren im Zentralverband 724, Christlich 213, unorganisiert 187. Neubauten waren 124, Umbauten 15 vorhanden. Mit dieser Feststellung können unsere hiesigen Futuristenschriften sich nun nicht abfinden, indem sie in einem hiesigen Blatt ergründen, sie hätten 479 Mitglieder. Nun ist es ja selbstverständlich, daß einige auf Fiktivarbeit sich befindende Kollegen nicht gefunden werden; rechnet man auf 100 Kollegen 10, die nicht gefunden werden, so haben die Futuristenschriften 285. (Dies dürfte zutreffen, da ihre Ortsnummer am 26. Juli 216 betrug. D. M.) In „Verhiebendes“ wurden dann noch einzelne Mißstände in bezug auf Ueberstunden und Entlassung von Kollegen kritisiert. Wessons über aus dem Neubau der Firma Wörb an Roßmarkt, wo nur Christliche arbeiten, wird noch immer 20 Stunden gearbeitet, trotzdem eine Notwendigkeit dafür nicht vorhanden ist. Beim Beginn des Baues erklärten die Christlichen, es handle sich um das Entstehen des Gebäudes, und wenn der Bau bis zur Kellerhöhe geblieben sei, würde nur noch 10 Stunden gearbeitet. Jetzt ist bereits die zweite Etage fertig und noch immer wird 20 Stunden gearbeitet. Ferner wurde zur Sprache gebracht, daß am Kirchenbau in Schiffschiff einige Kollegen Zeit verabsäumt vom christlichen Vorkommenden gerissen wurde und fünf andere aufhören mußten, weil sie nicht dem christlichen Verbande beitreten wollten. (Und diese Epistola! flagt über den Zerrissenen des Zentralverbandes!) Einem anderen hatte ein christlicher Geschäftler das Buch aus der Wohnung gestohlen, und als er es zurückforderte, teilte man ihm mit, es sei auf der Polizei. Ferner wurde auch noch das Nichthalten der Arbeitszeit auf anderen Neubauten gerügt und aufgefordert, unter keinen Umständen länger als 10 Stunden zu arbeiten. Mit einem Hoch auf die Organisation wurde die gute Besuche Versammlung geschlossen.

Demmin. Am 6. August hielt der hiesige Zweigverein seine regelmäßige Mitglieder-Versammlung ab, die fast besetzt war. Zunächst liegen sich einige Kollegen aufnehmen, so daß unser Verein jetzt 80 Mitglieder zählt. Dann wurde einstimmig beschlossen, im Oktober eine Forderung von 48 A. Stundenlohn an die Unternehmer zu stellen. Dann forderte der Vorkommende die Kollegen nochmals auf, recht zahlreich die Versammlungen zu besuchen; gegen 11 Uhr schloß der Vorkommende die Versammlung mit einem dreifachen Hoch auf unseren jungen Zweigverein.

Hiersburg. Donnerstag, den 4. August, fand im Goldenen Anker unsere regelmäßige Mitglieder-Versammlung statt, die sich hauptsächlich mit dem Ueberstundenwesen beschäftigte, das sich hier am Orte breit macht. Von mehreren Kollegen wurden die Schäden der langen Arbeitszeit aus einanderbesetzt. Abgesehen von den direkten Schäden einer langen Arbeitszeit, die deutlich genug zu Tage treten, kommen zahlreiche indirekte Schäden hinzu. Da sind zunächst die Schädigungen, die der Alkoholgenuss erzeugt. Der über die natürliche Ermüdungsgrenze arbeitende Mensch sucht sich über seine Ermüdung hinwegzusetzen, indem er trinkt. Er redet sich ein, daß er, um neue Kräfte zu gewinnen, um der Ermüdung seiner Muskeln wegen zu trinken, bei der Arbeit trinken muß. Er erreicht damit das Gegenteil, er treibt Raubbau an Geist und Körper. Ueberall, wo es gelang, die Arbeitszeit zu verkürzen, machte sich auch ein Rückgang im Alkoholgenuss bemerkbar. Durch die Verkürzung der Arbeitszeit gewinnt der Arbeiter Zeit und Lust zu Bildungszielen, zur Beteiligung an gewerkschaftlicher und politischer Organisation und damit zum Aufstieg in seiner beruflichen Leistungsfähigkeit, in seiner Lebenshaltung, die wiederum günstig rückwirkt auf seine Gesundheit. Um der Ueberstundenarbeit zu steuern, wurde beschlossen, jeden Kollegen, der Ueberstunden macht, aus dem Verband auszuschließen. Nacharbeit soll von dieser Regel ausgeschlossen sein. Es soll aber dem Vorstand jedesmal Mitteilung gemacht werden, damit er prüfen kann, ob es Nacharbeit gewesen ist oder nicht. Wir haben hier am Orte nur schon seit circa 20 Jahren die zehnstündige Arbeitszeit; es wäre bald an der Zeit, an die Verkürzung derselben zu denken, woran aber bei der Interesslosigkeit der Kollegen, die es nicht einmal für nötig erachten, ihre Organisationsversammlungen zu besuchen, in absehbarer Zeit noch nicht gedacht werden kann. So schlecht, wie die Versammlungen besucht sind, werden sie auch zum Teil noch mit persönlichen Meinerungen und Mißgefallen ausfüllt, wodurch sich unsere Gegner ins Fröhliche lagern, und das auch mit Recht, denn in einer Zeit, wo sich die Unternehmer immer enger zusammenzuschließen, wäre es doppelt unsere Pflicht, auf der Hut zu sein, um etwaigen Uebergriffen der Unternehmer gerühmt entgegenzutreten zu können. Deshalb müssen aus den Versammlungen die gewöhnlichen Streitigkeiten verschwinden und an deren Stelle eine ruhige und sachliche Aussprache über alle zu verhandelnden Punkte treten, denn nur dann sind wir im Stande, Mithing zu schaffen. Aber um sachlich diskutieren zu können, ist es notwendig, daß sich jeder über das Wesen unserer politischen und wirtschaftlichen Lage klar wird. Die Klarheit hierüber verschafft man sich nicht durch das Lesen bürgerlicher Blätter, sondern nur durch ein eingehendes Studium der Arbeiterpresse, der Parteiliteratur im allgemeinen. Für uns kommt hier die „Solidarität“-Zeitung als „Volks-Zeitung“ in Betracht, die zu halten und zu lesen nicht genug empfohlen werden kann. Werbet Mitglieder unserer politischen Organisation, werbet Abonnement der „Volks-Zeitung“, dann wird auch von

uns das geistige Defizit welchen und der Geist in unseren Versammlungen wird dann schon ein anderer werden!

Gumbinnen. Sonntag, den 8. August, fand hier eine nur schwach besuchte öffentliche Mauerer-Versammlung statt, in der die Einnahme über die gegenwärtigen Lohnkämpfe im Mauerergewerbe referierte. Seine Ausführungen wurden beifällig aufgenommen. In des Diskussions-Abendlichen wurden beifällig aufgenommen. In des Diskussions-Abendlichen wurden beifällig aufgenommen. In des Diskussions-Abendlichen wurden beifällig aufgenommen.

Hamburg. In der Mitglieder-Versammlung des hiesigen Zweigvereins am 4. August gibt vor Eintritt in die Tagesordnung der Vorkommende das Wesen der Kollegen froh und fleißig bekannt. Das Wesen der Kollegen ist in der hiesigen Weise geht. Ueber den ersten Punkt, „Ein Mißstand auf das Werkstoffe habe Geschäftsleute“, referiert der Vorkommende. In den Monaten März und April sei die Arbeitslosigkeit in unserem Berufe ziemlich stark gewesen, weil bei dem milden Wetter alle Mauerwerke herabgerissen worden seien. Erst im Monat Mai, nachdem die Eisegelen wieder in vollem Vertheil gewesen, habe die Bautätigkeit enorm zugenommen. Am Jahresabschluss hatten wir circa 4000 Mitglieder, während heute die Zahl 5000 hab erreicht sei. Eine am 28. Mai ausgenommene Bautenstatistik belehrte uns über den Aufschwung der Bauperiode. Zu Konstatieren ist, daß jetzt im gesamten Zweigvereinsgebiet die neunhündigste Arbeitszeit besteht, mit Ausnahme von Gensfeld und Burov, wo jetzt die neunhündigste besteht, dem nächsten Jahre aber auch die neun Stunden festgelegt sein. In Schiffel-Steinbeil habe es erst eines neunhündigen Kampfes bedurft, um die neunhündigste Arbeitszeit zu erreichen. In gesamten Rohgebiet arbeiten circa 6000 Mauerer, von diesen sind 800 unorganisiert infolge freie Vereinigung. In der Vertheilung haben 17 Arbeitsstellen im hiesigen Gebiet. Von diesen führten 8 zu Sperren, von denen 3 für uns bis jetzt glücklicherweise sind. Die anderen 5 noch bestehenden Sperren sind ausfalliglos. Auf 2 von diesen gesperrten Bauten wird 10 Stunden gearbeitet durch unorganisierte und 1902er Straßensperre. Die nächsten zwei Sperren sind ebenfalls durch solche Leute besetzt worden, während die letzte Sperre beim Unternehmern Straße durch Mitglieder der freien Vereinigung und deren letzten Versammlungsbeschluss unwirksam gemacht wird. Von diesem Unternehmern haben unsere Kollegen noch circa 1500 Mauerer zu verlangen. Als an einem bestimmten Termin M. 1000 von dem Gelde nicht zur Auszahlung kamen, verlangten unsere Kollegen Sicherung. Die wurde ihnen, von keiner Seite zu teil, und so mußten sie die Arbeit einstellen, wenn sie nicht noch mehr verlieren wollten. Zwei Tage nach der Arbeits-Einstellung meldete sich ein Mauerer Lang nach Genossen (fr. Vereinig.) zur Aufnahme der Arbeit. Derselben hielten aber noch ein paar Tage auf Veranlassung des Vorkommenden der freien Vereinigung wieder auf. Anmehrer war der Unternehmern ja gezwungen, zu zahlen, wollte er sein Haus fertig haben. Aber es kam anders; in der letzten Versammlung der freien Vereinigung wurde beschlossen, entgegen einem früheren Beschluß, die Sperre des Verbandes beginn, die Sperre bei Strafe nicht zu respektieren. Weiter bemerkte der Vorkommende, daß der Vorstand sich an den Vertheilenden und an die Altonaer Innung gewandt habe mit dem Ersuchen um Aufhebung des Tarifbruchs durch den Altonaer Unternehmer Töppe, der an zwei Staatsbauten 10 Stunden arbeiten ließe. Auf das höflich gehaltene Schreiben sei dann auch eine höflich behaltende Antwort vom Altonaer Innungs-Vorstande eingelaufen. Aber eine Zuschrift vom dem Vorstande des Vertheilendenbesitzes sei bis heute noch nicht eingelaufen. Auf der Seite scheint man nicht mal die einfachsten Höflichkeitformen beachten zu wollen. Sodann geht Redner auf die Mauerarbeit in unserem Berufe näher ein. Als wir 1902, durch die Verhältnisse gezwungen, den Mauerbeschlüssen aufhoben, hieß es, man solle nur Mauer annehmen, wenn derselbe uns aufgegebenen würde. Dem sei leider nicht so, sondern umgekehrt; man benutze jetzt alle erdenklichen Mittel, um den Unternehmern zu veranlassen, daß er im Mauer arbeiten läßt. Das Wort Solidarität in bezug auf die eigenen Kollegen hätten die Mauerer vollständig vergessen. Ein Saßen und Jagen fände bei der Arbeit statt, ein Zurückgehen einzelner Kollegen bei der Arbeit mache sich in so widerlicher Form breit, wie er es in seiner Berufszeit noch nicht mitgemacht habe. Bei einem Preise von M. 7,50 für 1000 Steine zu vermauern verdienten Kollegen bis 65 A. über Lohn, das mache im Durchschnitt 1600 Steine pro Tag. Was das für eine Leistung sei, wisse jeder selbst. Der Unternehmer habe selbstverständlich seine Freude an solchen Zuständen. Weiter sei die Qualität der Arbeiter solcher unentwickelter Arbeitsmethode denn auch danach, so daß man sich wundern müsse, daß nicht schon allerlei passiert sei. Bei einzelnen Tagelohnsbauten scheinen sich Klassenlöcher einschleichen zu wollen, wie bei Dumann & Herr, wo die Fassabnehmer verschiebenlich mehr erhalten als die Innenputzer. Auf einen Fall wolle er noch hinweisen, wo zwölf Kollegen aus reinem Uebermut die Arbeit verließen und den Unternehmer in Verlegenheit setzten, trotzdem der Unternehmer ihnen 40 A. über Lohn sichern wollte, wenn sie dableiben und so weiter arbeiteten wie vorher. Zum Schluß mahnte Redner die Kollegen, Einheit zu halten, eine bessere Arbeitsmethode einzuführen und die Organisation zu fördern. In der Diskussion ergab Genie die Ausführungen des Vorkommenden, darauf hinweisend, daß die Klagen und Differenzen an Bauten wegen der Mauerarbeit zu zugehen, daß der geschäftsführende Ausschuss sich in jeder Sitzung mit mehreren solcher Fälle beschäftigen müsse, was einem die ganze Sache verleihe. Weiter weist Redner auf die schlechte Bauausführung hin, dabei betonend, daß die Mauerlöcher in den wichtigsten Fällen solche Schäden seien. Früher mußten unsere Kollegen solche Vorkommnisse vom schlechten Bauausführung; aber jetzt läßt die Mithierlei bei der Mauerarbeit dieses nicht zu. Gasse kritisiert ebenfalls die Zustände und das Verhalten der Kollegen auf den Bauten. Derselbe bemängelt sodann das Vorgehen der Geschäftsleitung, die einfach bekannt gemacht hätte, daß Sonntag auf dem Bureau keine Beiträge mehr entgegengenommen werden sollen. Der Vorkommende weist darauf hin, daß ein formeller Beschluß darüber in der letzten Versammlung zwar nicht gefaßt sei, aber sämtliche Redner hätten dieses bestimmt. Mithier erübrigt den Vorstand, darauf zu achten, daß die bänischen Kollegen mehr über den Mauerbeschlüssen unterrichtet werden. Brandler schließt die ganze Schuld an den heutigen Zuständen auf den Bauten auf die geringen Bildungsanstrengungen unter uns

Mauerern. Würden diese gefördert, so würden sich die Zustände schon bessern. Hierauf berieft der Kassierer die Abrechnung des zweiten Quartals. Die Hauptkasse schließt mit einer Einnahme und Ausgabe von M. 20 135,80 ab. Die Kassa-fasse hat eine Einnahme (inkl. Kassenbestand) von M. 24 949,03, eine Ausgabe von M. 9240,37, bleibt ein Kassenbestand von M. 15 708,66. Der dritte Punkt der Tagesordnung wird auf Antrag vertagt. Unter Punkt „Verhiebendes“ besprechen sich die zugereisten Kollegen Schöpfer und Wölln über das Verhalten einer Anzahl Hamburger Kollegen am Bau Segell, Dorotheenstrasse. Durch unseren Arbeitsnachweis seien dort circa zehn Kollegen in Arbeit getreten. Nach zwei Tagen belamen aber sechs wieder Feierabend, während am anderen Morgen wieder vier hiesige Kollegen anfragen und die Arbeit in Mauer übernehmen. Nach Aussage des Unternehmern konnten die Kollegen nicht pagen, während die Kollegen das Gegenteil behaupten. Die entlassenen Kollegen glauben nun, gemagregelt zu sein und verlangten Maßregeln seitens der Organisation. Der Vorkommende, der die Sache untersucht hatte, konnte nicht empfehlen, irgend welche Maßregel gegen den Unternehmer oder die Kollegen zu unternehmen. Dieses brachte die beteiligten zugereisten Kollegen in Aufregung, und durch allerlei unparlamentarische Zwischenrufe suchten sie die Versammlung zu stören. Nachdem dann noch mehrere Redner das Verhalten der zugereisten Kollegen geißelt, trat Schluß der Versammlung ein.

Süden. Mittwoch, den 17. August, fand hier eine öffentliche Mauerer- und Bauhilfsarbeiter-Versammlung statt, um Stellung zu nehmen zu dem Antwortschreiben der Unternehmer bezüglich der Lohnfrage. Als Referent war Kollege Muth aus Köln anwesend. Die Unternehmer erklärten in ihrem Schreiben, daß sie in diesem Jahre den geforderten Lohnzuschlag nicht bewilligen könnten, sie würden aber darüber in Beratung treten, ob es ihnen möglich sei, vom 1. März n. J. ab eine Lohnzulage bewilligen zu können. Die Versammlung war mit dieser Antwort nicht zufrieden, sondern beauftragte die Lohnkommission, noch einmal an die Unternehmer heranzutreten, um zu versuchen, ob nicht doch auf glückliche Wege einige Zugeständnisse zu erlangen seien. Der Referent ersuchte die Beamten, für die Stärkung ihrer Organisation einzutreten, damit dem Unternehmern eine kompakte Masse gegenübergestellt werden könne, wenn es zu einem Kampf kommen sollte.

Abgaben. Sonntag, den 7. August, fand hier im „Amisbol“ eine öffentliche Mauerer-Versammlung statt. Zum ersten Punkt der Tagesordnung erklärte Kollege Friedrich-Dresden Bericht über die Kassenverhältnisse. Die Bilanz gestaltete sich wie folgt: Einnahme M. 38 422,95, Ausgabe M. 29 763,93, Ueberchuß M. 8559,02. Mit dem Bestand vom ersten Quartal im Betrage von M. 25 784,11 ist gegenwärtig ein Bestand von M. 34 448,13 vorhanden. Zum zweiten Punkt gab Kollege Friedrich über die Entscheidung der Organisation und über die Lohnbewegung im Gau Dresden näheren Aufschluß. Er schilderte eingehend die Vorgänge in Altra, Weissen, Seebau, Königstein, Semitz, Rösen, Mela, Schmitzberg, Raberg, Rabenburg, Wildbrunn und Großhirsberg, wo Bauwerken nötig waren, teils wegen Verkürzung der Arbeitszeit, teils wegen Erzielung höheren Lohnes. Redner gab weiter bekannt, daß der Gau Dresden zur Zeit über 7000 Mitglieder zählt und forderte die Kollegen dringend auf zum weiteren Ausbau der Organisation. Zum dritten Punkt der Tagesordnung erläuterte Kollege Friedrich die Lohnstatistik. Hierauf war Schluß der Versammlung. Wünschenwert wäre es, daß die Kollegen von Abgabenbroda und Umgegend mehr von ihrem Versammlungsrecht Gebrauch machten.

Odenburg. Die Mitglieder-Versammlung am 16. 6. W. beschäftigte sich zunächst mit dem Ausschluß des Kollegen Fr. Köhlers, Buchh. 179288, der in Bremen als Streikbrecher fungiert; der Ausschluß erfolgte einstimmig. Ferner wurde der Vorstand beauftragt, die Statistik sofort fertigzustellen, da es in der bevorstehenden Zeit insolge der bezuglichen Verhältnisse Odenburgs nicht möglich war, die Aufnahme rechtzeitig fertigzustellen. August wurde beschlossen, unser zehnjähriges Stiftungsfest am 29. August im Vereinslokal zu feiern und den Gauvorsitzer von Bremen zu ersuchen, die Festrede zu halten. Den welschen Raum nahm wohl die Aussprache über den Westtag des Nordb. Baugewerks-Verbandes ein. Schließlich wurde der Vorstand beauftragt, sich mit dem Zentralvorsitzenden in Verbindung zu setzen und denselben zu ersuchen, ein Referat in einer öffentlichen Bauhandwerker-Versammlung, die in der nächsten Zeit stattfinden soll, zu übernehmen. In „Verhiebendes“ wurden der Vorkommende und Kollege Rathje beauftragt, mit dem Unternehmer Geiger hierüber in Verbindung zu treten, um denselben zu veranlassen, daß er die Mißstände, die in seinem Geschäft noch vorhanden sind, abschafft. Bei einer Weiterung seinerseits soll die Sperre über ihn verhängt werden. Hierauf erfolgte Schluß der gut besuchten Versammlung.

Ostereben. Am 7. August hielt der hiesige Zweigverein seine regelmäßige Mitglieder-Versammlung ab, die leider nur schwach besucht war. Die Kollegen setzten immer noch nicht zu wissen, wozu denn eigentlich die Versammlungen stattfinden. Das Protokoll von der letzten Versammlung konnte nicht verlesen werden, weil selbst der Schriftführer nicht anwesend war, was meistens immer der Fall ist. Es wäre doch zu wünschen, daß der Schriftführer die Versammlungen besser besucht als bisher. Als Vorkommender wurde Kollege D. Becker und als erster Kassierer Kollege Mith. Reichardt einstimmig wieder gewählt. Es folgte dann ein Vortrag des Kollegen J. Koch aus Magdeburg. In seinem einleitenden Vortrage sprach er über die allgemeine Bauwirtschaft und die wirtschaftliche Lage der Mauerer. Dem Redner wurde für seine zutreffenden Ausführungen großer Beifall gesendet. In „Verhiebendes“ erwähnte Kollege Becker die Mithier, ihr Amt besser zu versehen als bisher und wünscht, daß die Versammlungen besser besucht werden.

Rinne. Vor noch nicht langer Zeit wurde hier ein Zweigverein des Verbandes ins Leben gerufen, dem auch sofort eine große Anzahl Kollegen beitraten. Als dies die Unternehmer merkten, verlangten sie von den bei ihnen beschäftigten Stellen unter Androhung der Entlassung den Austritt aus dem Verbande. Die Stellen liegen sich aber nicht ins Rockhorn jagen, sondern dröhen den Spiel um und stellen eine Forderung auf Zahlung eines Stundenlohnes von 85 A. Als die Unternehmer die Entschlossenheit der Stellen sahen, machten sie gute Miene zum bösen Spiel und bewilligten die Forderung, ehe es zu ernsteren Differenzen kam. Mithier wurde hier im Tagelohn gearbeitet, der bei einhündigster Arbeitszeit M. 3,50 betrug. Im nächsten Jahre wird der Zweigverein, der bis dahin genügend erstarkt sein wird, um seinen Forderungen auch eben. den

Vom Bau.

Anfälle, Arbeiterschutz, Submisionen etc.

(Die Preisvereinbarungen werden dringend ersucht, aber alle in ihrem Recht bestanden werden können, mit kurzer Aufzählung der Begleitumstände und der überlebenden Folgen, umgeben an den Grundstein zu berichten. Ebenfalls über die aus Unfällen resultierenden Verhältnisse, Verhandlungen, sowie über den Erfolg von Arbeiterschutzbestimmungen und über Submisionsergebnisse.)

nötigen Nachdruck geben zu können, die zehnjährige Arbeitszeit und einen Stundenlohn von 88 bis 40 s von den Unternehmern fordern.

Werna. Am 4. August fand hier eine sehr gut besuchte Versammlung statt. Genosse Reichs-tagsabgeordneter Fröhboor hielt einen Vortrag über das Kranken-, Unfall- und Invalidenversicherungsgesetz. Dieser Vortrag war für jeden Arbeiter außerordentlich lehrreich und nützlich; denn gerade aus dem Gebiete unserer Lehrerschaft verfiel hier bei den Arbeitern leider noch sehr viel Unkenntnis. Nach einem Rückblick auf die Erwerbschancen der hiesigen Maurer und einem kräftigen Appell an die Kollegen schloß der Referent seinen mit Beifall aufgenommenen Vortrag. Es machte sich die Wahl einer Agitationskommission notwendig. Sodann wurde einstimmig folgendes beschlossen: Wenn Maurer Steinmetzgeräten, Spitzen und dergl. übernehmen, sind sie verpflichtet, diese Arbeiten nicht unter den in Steinmetzgewerbe geltenden Löhnen auszuführen. Nachdem noch einige innere Angelegenheiten besprochen waren, erfolgte Schluß der Versammlung.

Wosau. Am 15. ds. Mts. fand hier eine außerordentliche Mitgliederversammlung statt. Kollege Schulz referierte über die diesjährigen Lohnkämpfe und wies auf die Ausperspektive der Unternehmern hin, die jedem Arbeiter zu denken gebe und ihr annehmen müßte, seine Organisation kampfbereit zu gestalten. Zum zweiten Punkt der Tagesordnung: Die Lohnverhältnisse der hiesigen Maurer, sprach ebenfalls Kollege Schulz. Nach der letzten Statistik sind bei 75 Unternehmern 117 Polier, 1877 Gesellen und 301 Lehrlinge beschäftigt. Die Gesellen erhalten Stundenlöhne: 1. Stelle 60 s, 2. 55, 3. 52, 4. 50, 5. 48, 6. 46, 7. 44, 8. 42, 9. 40, 10. 38, 11. 36, 12. 34, 13. 32, 14. 30, 15. 28, 16. 26, 17. 24, 18. 22, 19. 20, 20. 18, 21. 16, 22. 14, 23. 12, 24. 10, 25. 8, 26. 6, 27. 4, 28. 2, 29. 1, 30. 0. In der Diskussion sprachen sich einige Kollegen gegen den Vertrag aus; dem hiesigen Barowicz und Schulz entgegen, man könne nicht sagen, daß der Vertrag nicht immer gehalten werde. Wo vorwiegend die niedrige Lohnstufe gezahlt werde, liege dieses hauptsächlich an den Polieren. Am Punkt „Verpflichtungen“ kam das Kartellverbot zur Sprache.

Waplan. Hier fand Mittwoch, den 10. d. Mts., im Lokale des Herrn Maurer eine gute Besuche Mitgliederversammlung statt. Zum ersten Punkt referierte der Kollege Schwarz über den Königsberger Streit. Redner führte aus, daß es manchem Kollegen wohl schon aufgefallen sei, daß der Streit in Königsberg so lange dauere und daß die Unternehmern, die sonst immer freizien, daß sie den geforderten Lohn nicht zahlen können, jetzt so große Opfer bringen; denn daß die Italiener viel kosten und wenig einbringen, weiß jeder, der nur etwas von der Kunst kennt. Die Sache hat aber einen anderen Haken; es handelt sich hier nicht um die paar Pfennige Lohn, sondern die Unternehmern haben es sich in den Kopf gesetzt, daß es möglichst ist, die unliebsame Organisation der Gesellen, die sich in den letzten Jahren recht kräftig entwickelt hat, wieder vernichten zu können und daß es ihnen dann möglichst ist, den alten Zustand, den Lohn nach Willkür zu geben, wieder einführen zu können. Hierbei haben natürlich die Unternehmern die Rechnung ohne die Maurer gemacht; hätten die Unternehmern vorher gesehen, daß die Maurer in Preußen im Stande sind, so einen Kampf zu führen, wie diesen in Königsberg, dann hätten sie sich es zweimal überlegt, ehe sie mit uns anbanden. Sie haben geglaubt, nach sechs Wochen würden die Maurer wieder auseinander laufen, zumal wenn Ausländer herangezogen würden. Die Unternehmern haben sich aber verrechnet und die Drohung des Herrn Baustier, die dieser vor zwei Jahren aussprach, daß es anders kommen würde, wenn sie erst die Statuten gefolgt hätten, ist nicht in Erfüllung gegangen, sondern es ist genau so geblieben, als wenn sie sich diese ägyptische Plage nicht aufgehaßt hätten. Die Maurer in Preußen sind so aufgefährt, daß sie ihre Feinde genau kennen. Wir sagen uns, an unserer Gefährlichkeit soll ihr auch den biden Schödel einrennen, und darum ist das ganze Gewicht darauf gelegt worden, trotz der Niederträchtigkeit der Unternehmern, unter allen Umständen die Ruhe aufrecht zu erhalten. Nun sind die Herren ziemlich rafflos; all die großen Hoffnungen die sie auf die Polizei gesetzt hatten, konnten nicht in Erfüllung gehen, sondern die Maurer stehen noch immer unbesetzt da. Über der Kampf ist heute schon so gut wie entfallen. Wägen die Unternehmern sich breiten wie sie wollen, nach einer zweiten Star von dieser Seite sehen sie sich nicht, auch die Unternehmern in der Provinz werden sich an diesem Kampf ein Beispiel nehmen, sie werden es sich zweimal überlegen, bevor sie sich auf einen Kampf einlassen. Durum wird dieser Streit nicht allein zum Nutzen der Königsberger Maurer geführt, sondern auch die Kollegen in der Provinz werden die Früchte davon genießen. Darum ist es Pflicht eines jeden Kollegen, dafür zu sorgen, daß kein Maurer nach Königsberg kommt, bevor nicht der Kampf mit einem vollen Sieg der Gesellen erledigt ist. Aus der Diskussion ging hervor, daß alle Kollegen tatkräftig für die Fernhaltung des Zuguges einzutreten werden. In „Verpflichtungen“ wurde noch hervorgehoben, daß die Kollegen sich durch die Maßregelungen bei den Anfallsarbeiten nicht einschüchtern lassen sollen, sondern treu und fest zum Verbände halten. Dann wird auch mal der günstige Moment kommen, wo den Herren plausibel gemacht werden kann, daß es eine Niederträchtigkeit sondergleichen ist, Arbeiter zu mahregeln, weil sie ihre staatsbürgerlichen Rechte ausüben. Unter den jetzigen Verhältnissen ließe sich nichts machen; auch hätten die Gesamregeln trotz des Streiks in Königsberg Arbeit gefunden, und die erzwungene Ausbesserung ist nicht geblieben. Nach Erleuchtung einiger innerer Angelegenheiten wurde die Versammlung mit einem begeisterten Hoch auf den Verband geschlossen.

Centralkrankenkasse.

(Grundstein zur Einigkeit.)

In der Woche vom 14. bis 20. August sind folgende Beiträge eingegangen: Von der örtlichen Verwaltung in Berlin M. 2000, Hamburg 600, Kiel 600, Halle a. S. 200, Friedrichsberg 200, Wittelsburg 200, Erfurt 200, Hamburg-Eppendorf 200, Pantow 150, Groß-Neudorf 100, Lindenwalde 100, Strausberg 100, Scherchen 95, Seefeld 50. Summa M. 5695. Aufschüsse erhielten: Paulsch M. 140, Celle 100, Heideberg 100, Reibsch 100, Wölffen 50, Malchin 50. Summa M. 540. **Kioto**, den 20. August 1904. **Karl Reich**, Hauptkassierer, Wittelsb. Str. 57.

Berlin. Ein Baumglück mit schweren Folgen hat sich Dienstag Nachmittag, 18. August, um 4 Uhr auf dem Bau der Oberrealschule in Mummelsburg ereignet. Auf der dritten Etage des Baues stampfte der Arbeiter Kohnmeier die „Wattentappen“, d. h. die Füllung aus Kalksack; womit die Decken zerbrachen sind. Bei dieser Arbeit stürzte plötzlich die Decke zusammen und schlug mit solcher Wucht nieder, daß auch die Decke der zweiten Etage zertrümmert wurde, wodurch wieder die Decken der ersten Etage und das Parkett durchbrochen wurden. Die ganze Schuttmasse stürzte in 1. Keller zusammen, wo der Arbeiter Gulab Robolt beschäftigt war. Robolt wurde sofort unter den Trümmern begraben und konnte von der herbeigerufenen Feuerwehr nur als Leiche herausgeholt werden. Kohnmeier war mit den Schuttmassen hinabgestürzt und hat so schwere Verletzungen erlitten, daß für sein Leben gefürchtet wird. Ein anderer Arbeiter, ein Italiener, der gleichfalls mit abstrakte, kam mit leichten Verletzungen davon und konnte auf der Unfallstation in der Barfuhnerstraße verbunden werden, wogegen Kohnmeier ins Mummelsburger Krankenhaus gebracht wurde. Das Unglück ist wahrscheinlich dem unzureichenden Material zuzuschreiben, das beim Bau Verwendung kam. Während dieser Zeit kamen noch neun Tote hinzu, die bei der dritten Etage schon zehn Tage seit der Aufmauerung begraben waren und die unteren Etagen selbstverständlich schon weit längere Zeit freiliegen. Hoffentlich schafft eine gründliche Untersuchung Klarheit.

Strin. Auf einem Neubau in der Schiffbauersstraße ereignete sich am Sonntag Vormittag, den 18. August, ein betrübender Unfall. Ein Kleinkind, das hinter ihm gehenden mit Raft beladenen Arbeiter Gehauf, der außer Verletzungen am Kopf beim Sturz von der Leiter einen schweren Beinbruch erlitten, indem das Bein im Knöchelgelenk brach und die Knochen splitter herausstraten. Nachdem ihm der erste Verband angelegt war, wurde er nach dem Krankenhause gebracht.

Dresden. Am 18. August stürzten drei böhmische Eisenmänner von der im Neubau sich befindenden 3. u. 4. hohen Etage an der technischen Hochschule mit ihrem Gerüst in die Tiefe. Dem einen fiel ein eiserner Schöbriegel auf das Hinterbein und er erlitt noch andere schwere Verletzungen. An seinem Aufkommen wird gezweifelt. Dem anderen ist der Schenkel gebrochen und hat er außerdem noch Kopfverletzungen davongetragen, während der dritte eine Verletzung am Ellbogen erlitten hat. Die beiden Schwerverletzten sind nach dem Krankenhause transportiert worden. Die Etage wird von der Firma Sehnitz aus Chemnitz aufgefährt. Die Schuld an dem Unfall ist einem der Verletzten oder allen drei zusammen beizumessen. Als Schöbriegel benutzte sie Eisen. Diese Riegel wurden in die Lagerfugen geschoben; damit beim Absteigen nicht so viel Zeit verloren ging, haben sie diese Eisen ebenfalls nur lose eingehängt. Alfred ist Alford. Dieses Ereignis bestätigt sich hier einmal wieder; denn hätten die Kollegen ihr Gerüst nicht gar so leichtfertig gebaut, hätte das zweite Gerüst die fällige Masse gehalten müssen. Die Chemnitzer Eisenmänner, wozu allerdings die böhmischen das Hauptkontingent stellen, stehen leider der Gewerkschaftsbewegung noch teilnahmslos gegenüber. Ihre gefahrlos und durch die Zugluft gesundheitsgefährliche Arbeit wird schlechter bezahlt als sonstige Bauarbeit. Hoffentlich schließen sich die Kollegen auch bald dem Verbände an, damit sie sich bessere Löhne erkämpfen können, um die Alfordarbeit, die leider hierbei vorübergehend ist, zu befehlen.

Kiel. 18. August. Ein Baumglück, bei dem der Maurerlehrling Albrecht zu Tode kam, ereignete sich heute in der Grandstraße hierseits. Dort stürzte die Giebelwand eines Anbaues ein und die auf dem Gerüst befindlichen Leute stürzten ab und wurden vermischt. Der Lehrling Albrecht konnte nur als Leiche wieder hervorgezogen werden, während ein anderer Lehrling erheblich verletzt wurde. Ein dritter Mann blieb unversehrt. Der Unfall ist auf zu schlechte Befestigung und übermäßige Belastung des Gerüsts zurückzuführen. — Heute Mittag hat sich ein weiteres Baumglück von erheblichem Umfange hier ereignet, und zwar stürzte die Hälfte eines bereits gerichteten vierstöckigen Neubaus im Stadtteil Wief ein. Die auf demselben befindlichen Leute wurden teilweise unter den Trümmern begraben. Der 24-jährige Maurer August Stoll konnte nur als Leiche wieder hervorgezogen werden. Mehr oder minder schwere Verletzungen haben erlitten ein Maurerlehrling, vier Maurer und drei Arbeiter, die mittels Krankenwagen nach den akademischen Heilanstalten befördert wurden. Die anliegenden Häuser mußten auf Anordnung der Polizei geräumt werden, da der Einsturz des noch stehenden Teiles des Neubaus befürchtet wird. Der Bauleiter, Maurermeister Buder, wurde vorläufig festgenommen. Anschließend ist die Verankerung der Träger ungenügend gewesen, worauf der Unfall wohl in der Hauptsache zurückzuführen ist. Außerdem herrschte in den letzten Tagen harter Regen und heftiger Wind.

Sachsenfeld. Am 17. August stürzten an dem Burmschen Neubau in der Wilhelmstraße, die Kollegen G. Petri und G. Matz ab und erlitten äußere und innere Verletzungen, so daß sie ins Krankenhaus gebracht werden mußten. Die beiden Kollegen waren am Ausschalen eines Balkens in der zweiten Etage beschäftigt, als plötzlich der Beton einstürzte und Kollege Petri mit in die Tiefe rief. Die Trümmer durchschlugen den darunter befindlichen Balken und somit stürzte Kollege Petri auf die Straße, wo er hemmungslos liegen blieb. Dem Kollegen Matz gelang es, sich an dem T-Eisen festzuhalten, bis einige an dem Bau arbeitende Kollegen ihm einen Strick um den Leib gebunden hatten um ihn hinaufzulassen, jedoch der Strick riß und der Kollege fiel vor den Augen seiner ihm helfenden Kollegen ebenfalls auf die Straße. Die Ursache des Unglücks ist wahrscheinlich in der weiten Spannung der T-Eisen zu suchen.

Kienburg a. d. Weser. An der gemischten Fabrik hierseits waren am 4. August zwei Maurer mit Ausbessern des Wassersturmes beschäftigt, wozu sie ein Gerüst aus Wädem gemacht hatten, die schon 15 Jahre auf der Fabrik umhergelegen hatten. Als die Maurer die Tragfähigkeit dieser Wäde in Zweifel zogen, wurden sie von dem Polier Dementis mit dem Wortlaut auf das Gerüst hinaufgetrieben, wenn sie nicht bald

machten, daß sie hinauf kämen, ständen geht andere zur Verfügung; auch ließ der Polier das vorher angebrachte Seilgerüst entfernen. (Das muß ja ein recht netter Polier sein. Red. d. „Grst.“) Als nun die Maurer das Gerüst betreten und einen Rast mit Bement darauf stellten, brach es zusammen, und der Maurer Ghr. Köhl stürzte aus einer Höhe von 14 m in die Tiefe, wobei er schwere innere Verletzungen erlitt, die seine Ueberführung in das Krankenhaus notwendig machten. An dem Wiederaufkommen des Baumglücks wird gezweifelt. Die Kollegen sollten solchen unsinnigen Anordnungen der Herren Poliere, die mit dem Leben und der Gesundheit ihrer Nebenmenschen Schindluder spielen, den heftigsten Widerstand entgegenzusetzen, selbst auf die Gefahr hin, daß sie entlassen werden. Der Verband wird in solchen Fällen schon dafür sorgen, daß sie wieder eingestellt werden, so daß sie keinen materiellen Schaden erleiden.

Briefkasten.

Breslau, W. Die Aufnahme derartiger Anzeigen müssen wir ablehnen, da der letzte Verbandstag beschlossen hat, daß solche Anzeigen nicht mehr aufgenommen werden sollen.

Langelsheim, W. B. Die „Amtlichen Nachrichten“ des Reichsversicherungsamtes können durch alle Buchhandlungen und Postanstalten bezogen werden. Bezugspreis für den Jahrgang M. 8; einzelne Nummern kosten 70 s. Betreffs der Krankenkassenangelegenheit müssen Sie sich mit einem diesbezüglichen Antrag an den Vorstand des Verbandes wenden; sie müssen aber das Statut mit einsehen, da ohne Kenntnis desselben eine Entscheidung nicht gut möglich ist.

Gießen, B. Schl. Die Versammlungsanzeige muß jedesmal für die betreffende Nummer, in der sie befragungsbefugigt werden soll, eingefandt werden.

Anzeigen.

Sterbetafel.

(Unter dieser Rubrik veröffentlichten wir alle Todesfälle der Verbandsmitglieder, von denen uns innerhalb einer Woche nach erfolgtem Todeben Mitteilung gemacht wird. Die Seite kostet 15 s.)

Elstern. Am 18. August starb nach langem Leiden an Darmkreisl. unser treues Mitglied **Hermann Stellmerter** im Alter von 47 Jahren.

Dachheim b. Wiesbaden. Am 19. August starb unser treuer Verbandskollege **August Schnell** im Alter von 45 Jahren an Gehirnhöhlen.

Dresden. Am 7. August verstarb unser Mitglied **Karl Heinrich Köhler** aus Bühlau im Alter von 67 Jahren an Lungentumor. — Am 18. August verstarb unser Mitglied **Eduard Lindner** im Alter von 46 Jahren.

Glogau. Am 16. August starb unser Kollege **August Gätzig** an Typhus im Alter von 67 Jahren.

Grimma i. S. Wittmoos. Den 17. August, starb unser Verbandskollege **August Scholz** im Alter von 55 Jahren.

Kiel. Unser Mitglied **August Stoll** aus Wardenmünde, 18 Jahre alt, büßte bei einem Neubaueinsturz am 16. August sein Leben ein.

Regnitz. Am 18. August verstarb nach langem Leiden unser Kollege **Peschel** im Alter von 28 Jahren an Blutarum.

Strasburg i. E. Am 14. August verstarb unser Mitglied **Anton Schwörer**, 66 Jahre alt, an Lungentumor.

Ehre ihrem Andenken!

Posen.

Das Bureau des Zweigvereins befindet sich jetzt: **Saltzborffstraße 19, part.** [M. 1,20]

Der Maurer **Albert Mieske** aus Greifenbagen wird gebeten, seinen Aufenthalt mitzuteilen wegen Todesfalls. Gleichfalls erhalte ich die Kollegen, die seinen Widerruf wissen, mit sogleich Nachricht zu geben. [M. 1,50] **Wilhelm Mieske**, Berlin, Brunnenstr. 46, 4. Etz.

Buckow.

Am 27. August findet unser **Sommervergnügen** statt, wozu alle Kollegen von hier und auswärts freundlichst eingeladen sind. [M. 2,10] **Der Vorstand.**

Versammlungs-Anzeiger.

(Unter dieser Rubrik werden alle Versammlungen der dem Gründungsstage der jeweiligen Nummer des Blattes folgenden Woche bekannt gemacht. Die Anzeigen müssen für jede Versammlung besonders eingefandt werden und bis spätestens am Dienstagmorgen 8 Uhr in unseren Händen sein.)

Verbandsversammlungen der Maurer. **Marburg.** Jeden ersten Donnerstag im Monat, Abends 7 Uhr, bei Seiberg, Friedrichsberg 2.

Sonntag, 28. August. **Schkeuditz.** Nachmittags 3 Uhr im Schäumers Restaurant. Das Erscheinen der Kollegen ist dringend notwendig.

Vellen. Nachmittags 8 Uhr im Vereinslokal. Ein zahlreiches Besuch wird gebeten.

Werdau. Nachmittags 1/2 11 Uhr in der „Heuerkugel“. Alle Kollegen müssen erscheinen und die Bücher mitbringen.

Sonntag, 4. September. **Letschn.** Nachmittags 3 Uhr bei Weigel.

Wittstock. Ein zahlreiches Erscheinen wird gebeten.

Mittwoch, 7. September. **Guben.** Abends 7 Uhr im „Vollgarten“. Ein zahlreiches Erscheinen wird gebeten.

Öffentliche Maurerverammlung. **Sonntag, 28. August.** **Bernburg.** In der „Schöbnermühl“, Pflicht eines jeden Maurers von Bernburg u. Umge. ist es, wegen der wichtigen Tagesordnung zu erscheinen.

Druck: Hamburger Buchdruckerei und Verlagsanstalt **Kuer & Co.** in Hamburg.